



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 180 Dez./1 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut *«Allgemeine Erklärung der Menschenrechte»*, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine *«Meinungs- und Informationsfreiheit»* vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der *«Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens»*, wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====
=====
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Das grosse Ganze

Jeder Gedanke, jedes Gefühl, alle Empfindungen und Emotionen sind elektromagnetische Wellen, die sich unmittelbar auf uns selbst und auf alles im Universum auswirken, denn alle Kräfte und Schwingungen sind im kosmischen Netzwerk miteinander verbunden und schwingen in Resonanz zueinander wie die Instrumente eines Orchesters.

Es ist ein Faktum, dass es keine Trennung gibt, denn diese existiert nur in den irrealen Gedanken des Menschen, bevor er sich gewahr wird, dass er wie eine winzige Zelle im lebendig pulsierenden Organismus des Universalbewusstseins, der Einheit, der Macht, der Schöpfung ist.

Nutzt er seine Macht zum Guten und Harmonischen, zu Freiheit und Frieden, dann bringt er sich damit automatisch Glücklichkeit, Frohsein und Freude und reiht sich ein in das kosmische Band der allesverbindenden Liebe.

Achim Wolf, 26. November 2025
www.freundderwahrheit.de

... und es wurde doch gesagt!

Immer wieder wird abgestritten, dass es eine Vereinbarung zwischen den USA und Deutschland gegeben hat, dass die NATO sich Richtung Osten nicht weiter als bis Ostdeutschland ausdehnen werde. Die Aufzeichnung der Tagesschau vom 3. Februar 1990 beweist, dass es das Versprechen gab. Ab Minute 4:04 sagt der Nachrichtensprecher, dass sich die Aussenminister Baker (USA) und Genscher (Bundesrepublik Deutschland) darauf geeinigt hatten.

Zitat: «In Washington haben sich Bundesaussenminister Genscher und sein amerikanischer Kollege Baker darüber verständigt, dass der Einflussbereich der NATO bei einer Vereinigung beider Teile Deutschlands nicht über das Bundesgebiet ausgedehnt werden soll.»

Das Video kann hier angeschaut werden: <https://www.youtube.com/watch?v=5d2urVFEhGI>



Achim Wolf, Deutschland

Billy

Dass sich Russland zur Wehr setzte und also in der Ukraine den Krieg begann (was falsch und absolut nicht zu akzeptieren war und niemals als richtig anzuerkennen ist), erfolgte darum, weil Amerika durch den senilen Präsidenten Biden die NATO in die Ukraine einbringen wollte, wogegen sich Russland und allen voran Putin verwehrte und er den Krieg begann. Das war absolut nicht richtig, doch es war die Antwort auf den gemeinen Versprechensbruch Amerikas, dass die NATO bei einer Vereinigung beider Teile Deutschlands nicht über das Bundesgebiet ausgedehnt werden soll. Des Versprechens zum Trotz wurde kurz nachdem dieses ausgesprochen war, es schändlich gebrochen folglich die Mörderorganisation NATO ihren Einflussbereich unhemmbar in die Oststaaten ausdehnte. Als dies nun auch mit der Ukraine geschehen sollte, verwehrte sich Russland dagegen mit Krieg – was weder richtig war noch zu befürworten ist und zudem Amerika in die Hände spielt, wodurch es einen recht gewaltigen weiteren Schritt seines Hegemoniewahns weiterkommt, und zwar mit Hilfe irrer NAZI-Gesinnter, die besonders in Europa das Zepter in den Regierungen führen und kriegshetzerisch ihr NAZI-Gehabe ausleben können.

Ein Versprechen ist eine verbindliche Zusage und dessen Bruch ist ehr- und würdelos! Was ist ein Eid, ein Schwur, ein Meineid und was ist ein Versprechen?

Auszug aus dem Fünfhundertsechsundfünfzigster Kontakt
Samstag, 16. März 2013, 14.47 Uhr

... Wenn nicht unumgängliche und zwingende Umstände das Erfüllen eines Versprechens in Bezug auf sich selbst oder gegenüber anderen Menschen verhindern, dann gibt es niemals einen Grund, ein sich selbst oder andern gegebenes Versprechen nicht einzuhalten. Wird aber ein Versprechen ohne unumgänglichen und zwingenden Umstand gebrochen, dann zeugt das unbedingt von einer Ehre- und Würdelosigkeit sondergleichen sowie davon, dass sowohl der eigenen Person, wie aber auch der Sache des Versprechens und dem/den darin involvierten Menschen keinerlei Respekt entgegengebracht wird und das «Versprechen» einem Betrug und einer Lüge entspricht.

... Durch ein Versprechen wird aus freiem Willen und aus persönlichem Bedürfnis – in der Regel einem oder mehreren anderen Menschen usw. – etwas gelobt resp. ausdrücklich und bestimmt und klar zugesichert, dass etwas Bestimmtes getan und eingehalten und erfüllt werde. In diesem Rahmen wird etwas verheissen, das Hoffnung erweckt und dass sich dieses mit Sicherheit auch erfüllen werde.

Ein Versprechen entspricht in jedem Fall einer freiwilligen, durchdachten und absolut verbindlichen Erklärung und Zusage, die unter allen ehrbaren Umständen einzuhalten sind. Wird ein Mensch jedoch in bezug auf sein gegebenes Versprechen brüchig, dann wird er charakter-, ehr- und würdelos und demgemäß im Volksmund auch als Charakterlump bezeichnet, wodurch selbst beste Familienverhältnisse und Freundschaften in die Brüche gehen. ...

SSSC, 14. März 2013, 18.25 h, Billy

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

22.11.2025



<Trump zwingt die EU in die Knie> © TimesXP

Die Grossmacht USA erpresst die zerstückelte EU und die Schweiz
Entweder nachgeben oder höhere Zölle: Je stärker Grossmächte sind, desto mehr missbrauchen sie ihre Macht.

Urs P. Gasche

Gegenwärtig dominiert das Nachgeben. Die EU reguliert US-Tech-Konzerne weniger streng als geplant und importiert noch mehr hochsubventionierte US-Agrarprodukte, Frackinggas sowie US-Waffen. Die Schweiz verzichtet darauf, digitale Dienstleistungen zu besteuern, und soll mehr US-Waffen und Agrarprodukte kaufen. Die einseitig verlangten Zölle werden geschluckt.

«Wer Zugang zum amerikanischen Markt will, wird erpresst»

Der Handelsexperte Simon Evenett sieht neue Forderungen auf die Schweiz zukommen

Titelseite der <NZZ> vom 20. November 2025 © NZZ

Keine Regierung protestiert öffentlich dagegen, dass die Zollpolitik der USA gegen lange erarbeitete Vereinbarungen der Welthandelsorganisation WTO verstößt. Das könnte die US-Regierung verärgern.

Tatsächlich haben Grossmächte, wenn sie internationale Abkommen oder anderes internationales Recht verletzen, selten Sanktionen zu befürchten.

Russland wird zwar sanktioniert, führt jedoch den Krieg in der Ukraine weiter.

Die USA töten Menschen in der Karibik und im östlichen Pazifik. Israel tötet, zerstört und besetzt Land in Gaza und im Westjordanland sowie in Syrien. Die Türkei hat sich ebenfalls Land in Syrien angeeignet. Dies alles bleibt ohne Sanktionen.

Die Grossmacht USA kann ihre Gesetze sogar gegenüber US-Firmen, die in der Schweiz oder in der EU ansässig sind, sowie weltweit gegenüber sämtlichen Managern und Verwaltungsräten mit einem US-Pass durchsetzen. Diese können von der US-Justiz belangt werden, wenn sie beispielsweise einseitig erlassene

Boykott-Massnahmen der USA nicht befolgen. Die USA können – anders als andere Länder – ihre Gesetze ausserhalb ihres Hoheitsgebietes durchsetzen.

Bei Grossmächten steht der Machterhalt im Vordergrund

Praktisch alle grossen Konflikte wie diejenigen in der Ukraine, in Sudan, Syrien, im südchinesischen Meer oder in Venezuela sind von geopolitischer Machtpolitik geprägt.

Die Geschichte hat es immer wieder nahegelegt: Grossmächte – ob totalitäre oder demokratische – sind stets bestrebt, ihre Macht zu erhalten oder auszuweiten. Zu den Grossmächten gehören heute neben den USA, China und Russland auch die Golfstaaten oder Israel im Nahen Osten.

Sie alle wollen ihre Macht absichern sowie die Kontrolle über Rohstoffe, Wasser und Handelsketten erhalten oder erlangen. Sie alle verfügen – anders als die meisten anderen Länder – über die Ressourcen, um ihre Interessen auch eigenmächtig zu verfolgen.

Der SPD-Politiker und Brandt-Vertraute Egon Bahr, Architekt der ‹neuen Ostpolitik› unter Bundeskanzler Willy Brandt, erklärte 2013: «In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.» Es gehe um Vorherrschaft, um strategische Vorteile, Profit, Land und Bodenschätz.

Wenn solche Interessen im Spiel sind, scheren sich Grossmächte keinen Deut um das Völkerrecht. In der Ukraine, in Gaza und Westjordanland, in Sudan oder in Myanmar sterben in Kriegen Hundertausende und noch mehr werden schwer verletzt.

Das humanitäre Kriegsrecht wird von allen Seiten mit Füssen getreten. Leid und Elend sind unermesslich. Die grossen Kriege gäbe es nicht, wenn Grossmächte mit finanzieller und logistischer Hilfe nicht eingreifen und keine Rüstungsgüter liefern würden. Indem sie Kriegsparteien unterstützen, verfolgen Grossmächte jeweils ihre eigenen Interessen, ohne auf das Völkerrecht oder die lokalen Bevölkerungen Rücksicht zu nehmen.

Nicht-militärische Einmischungen

Häufig versuchen Grossmächte, fremde Regierungen zu destabilisieren und zu stürzen, ohne das Militär einzusetzen – neuestens zunehmend mit hybriden Angriffen. Dabei geht es um Cyberattacken auf Infrastrukturen, wirtschaftliche Sanktionen und Desinformationskampagnen namentlich in Social Media.

Das Verbot, sich in innere Angelegenheiten eines fremden Staates einzumischen – ein Grundprinzip des Völkerrechts – wird dabei krass missachtet.

Wenn eine Regierung gestürzt werden soll, die ihre Bevölkerung unterdrückt – wie gegenwärtig in Venezuela oder in Iran –, wird dies häufig toleriert oder sogar begrüßt. *«NZZ»-Redaktor Georg Häslers* erteilte am 22. November 2025 auf einer ganzen Seite sogar Ratschläge unter dem Titel: *«Operationsplan Venezuela: wie die USA das Maduro-Regime stürzen könnten»*. Unter anderem mit Lenkungswaffen und CIA-Unterwanderung.

Die *«NZZ»* ignoriert, dass das Einmischungsverbot auch gegenüber autoritären oder diktatorischen Regimes gilt. Dieses Verbot der Uno-Charta gilt als wesentliche Voraussetzung, um den Weltfrieden zu erhalten.

Zudem waren sich die Gross- und Atommächte nach dem Zweiten Weltkrieg untereinander einig, dass sie ihre jeweiligen Machtbereiche mehr oder weniger respektierten.

So hatte US-Präsident Franklin D. Roosevelt stillschweigend eingewilligt, Osteuropa als Teil des sowjetischen Einflussbereichs zu akzeptieren. Grossmächte sollten keine feindlichen Aktivitäten in ihren Nachbarstaaten dulden müssen – schon gar nicht Russland nach zwei blutigen Weltkriegen.

Im Folgenden ein kurzer Überblick über die Machtpolitik der beiden Grossmächte USA und Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg

Die Machtpolitik der Sowjetunion

Die Sowjetunion war nie eine Demokratie und kümmerte sich in ihrer Aussenpolitik erst recht nicht darum. Nach zwei verlustreichen und traumatisierenden Weltkriegen sicherte sich die Sowjetunion ab mit Nachbarstaaten, die es als Satelliten betrachtete und behandelte.

Sowohl nach dem Aufstand in Ungarn von 1956 wie auch nach dem russischen Einmarsch in die CSSR im Jahr 1968 hielten sich die USA zurück. Sie respektierten die sowjetische Einflusssphäre. Ein militärisches Eingreifen, um die Freiheit der Tschechoslowaken oder der Ungarn zu verteidigen, war in den USA kein Thema.

Von 1979 bis 1989 versuchte die Sowjetunion, ihre Sicherheitszone mit einem militärischen Einmarsch im Nachbarstaat Afghanistan zu verteidigen.

In zwei Tschetschenienkriegen zwischen 1994 und 2000 sicherte sich Russland seinen Einfluss in dieser abtrünnigen Nachbarrepublik.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1989 verlor Russland die Pufferstaaten in Osteuropa. Trotzdem reagierte Moskau auf die wortbrüchige Erweiterung der Nato in Richtung Osten lange mit Zusehen und begnügte sich mit mündlichem Protest.

Doch als der Westen auch noch der Ukraine eine Nato-Mitgliedschaft in Aussicht stellte und nach 2014 in diesem grossen Nachbarland Nato-Militärpersonal stationierte, erklärte Russland, es werde eine rote Linie überschritten. Insbesondere die Kontrolle des Schwarzen Meeres mit dem Militärstützpunkt auf der Krim betrachtete Russland als sicherheitsrelevant.

«NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer schrieb am 16. März 2024: «China und Russland fordern beide ein «Interventionsverbot für raumfremde Mächte». Sie wollen in ihrer Einflusszone die Regeln bestimmen und andere Grossmächte fernhalten. Der Westen hingegen verlangt die Offenheit der Räume. [...] Er verfolgt damit letztlich eine offensive Geopolitik.»

Allerdings nur einseitig. In Lateinamerika akzeptieren die USA nach wie vor keine «Offenheit der Räume», sondern pochen auf ihre Sicherheitszone.

Die Machtpolitik der USA

Bereits seit zweihundert Jahren setzen die USA in ihrer eigenen Hemisphäre die Monroe-Doktrin durch. Nicht nur in Nachbarstaaten der USA, sondern auch in ganz Mittel- und Lateinamerika dulden die USA keine feindlichen Raketen oder Bündnisse. Das gilt bis heute.

Falls also Kuba, Mexiko oder selbst das weit entfernte Venezuela Russland oder China erlauben sollten, in ihrem Land Raketen zu stationieren, würden die USA eingreifen – auch völkerrechtswidrig.

Sogar ohne sich durch feindliche Raketen bedroht zu fühlen, bestrafen die USA in ihrem Hegemoniebereich andere Länder. Es reicht, wenn sie sich aus Sicht der USA sozialistisch gebärden und US-Konzernen keinen freien Zugang gewähren, wie beispielsweise Venezuela.

Gegen die antikapitalistische Diktatur Kuba verhängen die USA seit Jahrzehnten einen Wirtschaftsboykott, ohne dass Kuba die USA auch nur im Geringsten bedroht.

Deshalb verurteilt die Uno-Generalversammlung die US-Blockade jedes Jahr, im Jahr 2024 mit 187 gegen 2 Stimmen der USA und Israels. Diese Abstimmungen werden in grossen westlichen Medien kaum mehr erwähnt.

Um ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss durchzusetzen, haben die USA selbst demokratisch gewählte Regierungen wie diejenige in Chile oder in Panama gestürzt und sie durch Militärdiktaturen ersetzt. Den jüngsten militärischen Aufmarsch vor Venezuela kommentierte die «NZZ» so: ««America first» hört nicht bei der Grenze der USA auf. Es ist eine kontinentale Strategie.»»

Andererseits paktieren die USA mit schlimmen Diktaturen wie denjenigen in Saudi-Arabien oder in Ägypten.

Sogar in fremden Kontinenten verhelfen die USA zu «Regime Changes», wenn es darum geht, politische und wirtschaftliche Interesse der USA durchzusetzen. Dabei spielt es wiederum keine Rolle, ob die gestürzte Regierung demokratisch legitimiert war und die neue nicht. Beispiele waren der Sturz Mossadeghs 1953 in Iran, der Sturz Präsident Ngo Dinh Diems 1963 in Vietnam, der Sturz Präsident Kwame Nkrumahs 1966 in Ghana, die Unterstützung der fundamentalistischen Mudschaheddins 1979 bis 1989 in Afghanistan, die Einmischung 1996 in die russischen Präsidentschaftswahlen zugunsten Boris Jelzins, die Einmischung zu gunsten eines Machtwechsels 2014 in der Ukraine.

Laut offizieller Version der US-Regierungen, von US-Think-Tanks und vieler Medien geht es stets um die Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten.

«Taiwan und die Ukraine sind zurzeit die Frontstaaten im globalen Wettstreit zwischen Diktaturen und Demokratien, der die kommenden Jahre prägen wird.» («Tages-Anzeiger», 6.8.2025)

Doch bei den 44 Staaten, welche die USA seit Ende des Zweiten Weltkriegs direkt oder indirekt angegriffen haben, ging es fast immer um Macht- und Interessenpolitik.



Dieser Beitrag erschien zuerst auf Apolut.

Transition News durfte ihn mit freundlicher Genehmigung des Autors übernehmen.

Militarismus in der Bundesrepublik – im Dienste der USA

In seiner neuen History-Folge beschäftigt sich der Politologe Hermann Ploppa mit der Rolle Deutschlands bei der aktuellen Kriegstreiberei. Das Ergebnis: Deutschland war schon seit dem Ende des Ersten Weltkriegs die Ausgangsbasis der USA, um Eurasien zu erobern. (Mit Video)

28. November 2025 von WS

In seinem neuesten History-Video geht der Politologe und Autor Hermann Ploppa der Frage nach, warum auf den Köpfen deutscher Politiker plötzlich Militärhelme wachsen und sie sich am liebsten gleich Khaki-Uniformen anziehen würden. Seine Recherchen führen ihn in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Ploppa wirft zwei Thesen in den Raum:

These eins: Mächtige Industrielle und Banker in den Vereinigten Staaten von Amerika hatten schon vor dem Zweiten Weltkrieg massiv in Deutschland investiert. Wenn schon Ostdeutschland an die Kommunisten gefallen war, mussten die eigenen Investitionsobjekte wenigstens in einem westdeutschen Teilstaat nach kapitalistischem Reglement gepflegt und weiter ausgebaut werden.

These zwei: Die USA hatten bereits seit 1945, spätestens aber seit 1946, Deutschland als strategischen Aussenposten ihrer aggressiv nach Osten gerichteten Militärstrategie ausersehen.

Quelle: Apolut History: Militarismus in der Bundesrepublik - Im Dienste der USA - 26. November 2025

Quelle: <https://transition-news.org/militarismus-in-der-bundesrepublik-im-dienste-der-usa>

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

21.11.2025



Flugabwehrkanone vom Rüstungskonzern Rheinmetall. Er fertigt den «Drohnenkiller» vom Typ Skyranger unter anderem in Zürich Oerlikon. © cc-by-sa-4 Wolpat

Rüstungsaktien: Wenn es um Rendite geht, gibt's keine Moral

Der Ukrainekrieg führt zum Rüstungsboom. Die Finanzbranche will davon profitieren und verwässert zum Teil gar die ESG-Kriterien.

Christof Leisinger

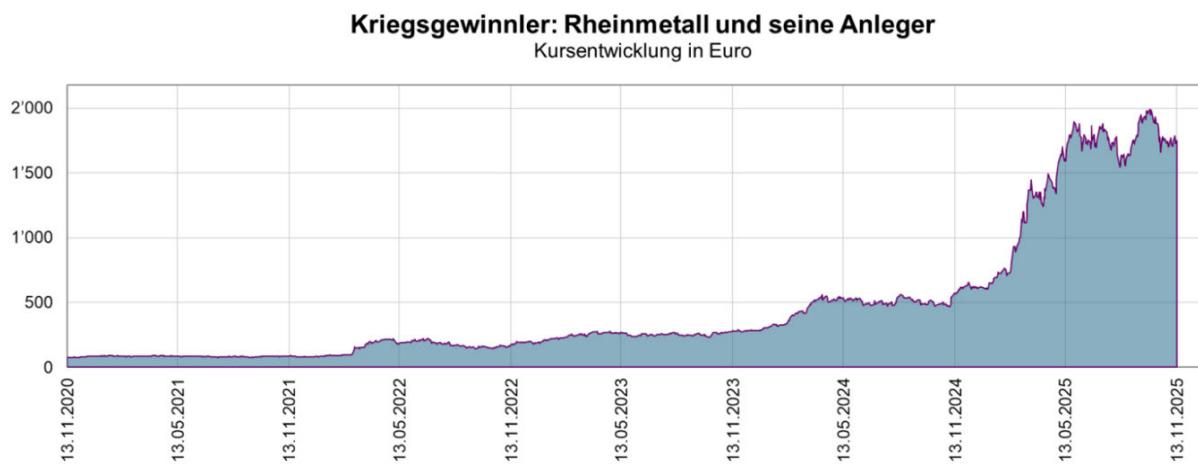
«Erst kommt das Fressen und dann die Moral» – die Verlogenheit, die Bertolt Brecht in der Dreigroschenoper so schön formulierte, lässt sich heute ohne weiteres auf den Umgang mit der Rüstungsbranche übertragen. Während sich viele trotz des brutalen Überfalls von Russland auf die Ukraine «friedensbewegt» geben und weiterhin möglichst wenig für Waffen auszugeben trachten, wollen andere angebliche Rüstungsdefizite aufholen und ihre Armeen um jeden Preis aufrüsten.

Die Skrupellosen wittern in ihrer ethisch rücksichtslosen Gier sogar das grosse Geschäft und wollen um jeden Preis am längst ausgebrochenen Rüstungsboom in der westlichen Welt teilhaben. Der Schweizer Ständerat etwa hat gerade eine Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes beschlossen – weil sonst die Schweizer Rüstungsindustrie in ihrer Existenz gefährdet sei, wie einzelne Räte «pragmatisch» argumentieren.

Die Finanzbranche buttert Rüstungs-Anlageangebote in den Markt

Und die Finanzbranche überschlägt sich nur so mit vielversprechenden Anlageangeboten, seit sich einzelne Investoren damit brüsten, mit Aktien von Rüstungsbetrieben wie etwa Rheinmetall Kursgewinne von bis zu 2250 Prozent erzielt

zu haben. Tatsächlich boomt das Geschäft des deutschen Unternehmens, das auch in der Schweiz stark vertreten ist und das zum Beispiel in Zürich Oerlikon die «Killer-Drohnen» vom Typ Skyranger fertigt.



Rheinmetall-Spekulanten erzielten in nur drei Jahren Kursgewinne von bis zu 2250 Prozent.
Der Kurs hat sich seit dem russischen Überfall auf die Ukraine nicht verdoppelt oder verdreifacht,
sondern er ist auf das 24-Fache gestiegen. © Grafik: Christof Leisinger

Auch die Schweizer Armee prüft die Beschaffung von Skyrangern als künftiges Flugabwehrsystem gegen Drohnen, Hubschrauber und Flugzeuge. Diese Systeme sind so gefragt, dass Rheinmetall die Mitarbeiterzahl in der Produktion in Oerlikon verdoppelt.

Faktisch rüsten die meisten westlichen Länder trotz rasant steigender Staatsschulden seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs so stark auf, dass sich der Auftragsbestand von Rheinmetall in wenigen Jahren fast verfünfacht hat auf knapp 33 Milliarden Euro im November 2025. Bei anderen Anbietern von Rüstungsgütern wie BAE-Systems, Leonardo, Airbus, Thales oder den amerikanischen Riesen wie Lockheed-Martin oder Raytheon geht die Nachfrage ebenfalls deutlich nach oben, wenn auch nicht ganz so rasant.

Wen wird also überraschen, dass die Anleger in ihrer Gier auf den «Aufrüstungszug» aufspringen, was die Finanzbranche wiederum rücksichtslos ausnutzt. So ist das Anlagevolumen eines Anfang Jahr von der deutschen Deka-Bank aufgelegten Fonds, der in Verteidigung und Sicherheit investiert, inzwischen auf fast eine halbe Milliarde Euro angewachsen. Zu den Top-Werten des Fonds zählen unter anderem Rheinmetall, der amerikanische Cyber-Security-Spezialist Crowdstrike sowie das berüchtigte Softwareunternehmen Palantir.

Viele Anleger investieren in Rüstungsaktien, ohne es zu merken

Der Rüstungs-ETF der Fondsgesellschaft Wisdom Tree setzt sich zu 90 Prozent aus den zehn Aktien der Rüstungsspezialisten Thales, Rheinmetall, BAE-Systems, Airbus, Safran, Leonardo, Rolls-Royce, Saab, Dassault und Kongsberg zusammen. Diese Firmen sind vor allem im europäischen Verteidigungssektor tätig und profitieren unmittelbar von den deutlich zunehmenden Verteidigungsausgaben in der Region. Auf diese Weise hinterlassen die von Russland ausgehenden geopolitischen Spannungen volkswirtschaftliche Spuren, nachdem sie der Friedensdividende den Garaus gemacht haben.

In der Schweiz gibt es zurzeit keine echten, fokussierten Rüstungsfonds. Stattdessen aber werden die Anleger über indirekte Beteiligungen von «normalen» Aktienfonds oder von börsengehandelten Indexfonds unmittelbar in die Branche hineingezogen. Sobald zum Beispiel ein privater Anleger, eine Pensionskasse oder gar die Schweizer Nationalbank Geld in einen Indexfonds auf den Dax oder Eurostoxx-Index investiert, ist er automatisch am deutschen Rüstungskonzern beteiligt.

Ihr Geld hat dazu beigetragen, dass der Kurs der Aktie des Rüstungskonzerns seit dem Ukrainekrieg sehr stark gestiegen und deswegen in den verschiedenen Indizes sehr stark gewichtet ist. Der Blick auf die Aktionärsstruktur von Rheinmetall macht deutlich, welche Dimensionen das angenommen hat: Zwei Drittel aller Anteile befinden sich in den Händen institutioneller Anleger – also von Versicherungen, Banken, Pensionskassen, Fonds, Stiftungen oder staatlichen Organisationen.

Die Finanzbranche nimmt und hat erheblichen Einfluss

Ganz vorne dabei ist Blackrock, der grösste Vermögensverwalter der Welt. Er bietet den Anlegern verschiedenste Anlageprodukte an, die zum Beispiel in Rheinmetall investieren. Zählt man alle Stimmrechte zusammen, die Blackrock im Auftrag seiner Investoren an der Hauptversammlung von Rheinmetall ausüben könnte, so kommt man auf sieben Prozent (siehe Grafik unten). Auch Investment- und Grossbanken wie Goldman-Sachs, Morgan-Stanley, Bank of America oder die UBS bringen es auf beachtliche Stimmrechte.

STIMMRECHTSANTEILE NACH §§33,34 WPHG >3%

Aktionär	Datum	Anteile	Link zur Meldung
BlackRock, Inc., Wilmington, Delaware, United States of America (USA)	14.11.2025	7.005%	→
The Goldman Sachs Group, Inc., Wilmington, DE, United States of America (USA)	23.10.2025	5.21%	→
Morgan Stanley, Wilmington, Delaware, United States of America (USA)	27.05.2025	4.37%	→
Bank of America Corporation, Wilmington, DE, United States of America (USA)	25.04.2024	4.64%	→
UBS Group AG, Schweiz	31.05.2022	3,83%	→

ir.rheinmetall.com/de/investor-relations/veroeffentlichungen/stimmrechtsmitteilungen

Banken und Fondsgesellschaften haben im Namen ihrer Anleger merklich in Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall investiert. © Screenshot

Als ob das der Verlogenheit noch nicht genug wäre, haben zahlreiche Banken und Fondsgesellschaften seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine ihre Nachhaltigkeitskriterien so angepasst, dass Investitionen in Rüstungsaktien möglich werden, nachdem diese zuvor ausgeschlossen waren. Das trifft vor allem auf Fonds und Produkte mit sogenannten ESG- oder Nachhaltigkeitslabels zu. ESG steht für die Nachhaltigkeitskriterien Environmental, Social, Governance.

Im März 2025 etwa hat die UBS ihre Nachhaltigkeitsrichtlinien geändert. Seitdem sind die Aktien von Rüstungsunternehmen als Investments in ihren «nachhaltigen Fonds» erlaubt. Es sei denn, sie stellten geächtete Waffen wie Streumunition und Atomwaffen her. Vorher waren die Wertpapiere von Unternehmen ausgeschlossen, die mehr als zehn Prozent ihres Umsatzes mit Rüstungsaufträgen erzielten. Die Allianz Global Investors und die Danske Bank wurden ebenfalls opportunistisch. Der schwedische Finanzkonzern SEB hatte schon im Jahr 2023 für manche seiner Fonds das Verbot von Investitionen in Rüstungsunternehmen aufgehoben.

Laut einer Analyse des Index-Anbieters MSCI sind inzwischen über zwei Drittel der ESG-Fonds in Europa an reinen Waffenherstellern beteiligt. Erst kommt eben das Fressen und dann die Moral.



Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=878234518194991&set=a.103063029045481>



Eine Ukrainerin meldet sich zu Wort ...

Hervorragender Text einer Ukrainerin den Markus Krall auf X veröffentlicht hat !
Nachdenkseiten – die kritische Website

Diese Stimme aus der Ukraine hat es genau verstanden: Die Ukraine kämpft nicht für Ihre Freiheit sondern sie wird für westliche Interessen der Kriegspartei verheizt.

Hier der Text auf Deutsch:

«Ich bin völlig schockiert über das, was ich gerade auf X von Europäern lese. Sie predigen, dass die Ukraine «weiterkämpfen» müsse und dass Trumps Friedensplan schrecklich sei. Wo genau kämpft ihr denn? In den Restaurants von Paris und Wien? Es sind die Ukrainer, die kämpfen und sterben. Sie werden von den Straßen weg verhaftet – unter Verletzung aller grundlegenden Rechte – und in einen Fleischwolf geschickt. Eine halbe Million Männer ist desertiert.

Selensky und Jermak versinken in Korruption, und das, was öffentlich geworden ist, macht kaum 1% dessen aus, was tatsächlich passiert.

Die Ukraine ist eine Diktatur. Es gibt keinen politischen Prozess, keine Wahlen, keine Meinungsfreiheit. Jeder, der widerspricht, wird als Kreml-Agent abgestempelt und Repressionen ausgesetzt – sogar seine Familie.

Von welcher «Fortsetzung des Krieges» redet ihr überhaupt? Die EU hat Russland 124 Milliarden Euro mehr für Energie bezahlt, als sie der Ukraine an Hilfe geleistet hat. Und ihr wisst ganz genau, dass die Ukraine keinen Militärstaat mit 140 Millionen Einwohnern und Atomwaffen besiegen kann. Das ist pure Heuchelei. Ihr wollt die Ukraine benutzen, um Russland zu schwächen – wohlwissend, dass das für die Ukraine nicht gut enden wird. Und euch ist das ukrainische Volk völlig egal.

Ja, wir sind kein erfolgreiches Land. Wir sind korrupt, und die Hälfte der Bevölkerung hat immer noch eine sowjetische Mentalität. Aber ihr gebt der Ukraine nicht einmal die Chance, einen echten Führer an die Macht zu bringen – jemanden, der das Land transformieren, demokratisch, kapitalistisch und wohlhabend machen könnte. Das liegt nicht in eurem Interesse. Und ihr wisst ganz genau, dass die Ukraine niemals in die NATO aufgenommen wird, trotzdem wiederholt ihr dieses Mantra ständig.

Das ist die globalistische Agenda – und sie hat keinen Platz für das Glück oder die Zukunft der Ukraine. Heute ist die einzige echte Hoffnung, die übrig bleibt, Präsident @realDonaldTrump und die Vereinigten Staaten.

Der gesunde Menschenverstand in Europa – mit Ausnahme einiger weniger Länder und Führungspersönlichkeiten – ist verschwunden.»

Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=122152289126943389&set=a.122097972974943389>, veröffentlicht am 24.11.2025

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

23.11.2025

UKRAINE RUSSIA PEACE DEAL FRAMEWORK

1. Ukraine's sovereignty will be confirmed.

2. A comprehensive and comprehensive non-aggression agreement will be concluded between Russia, Ukraine and Europe. All ambiguities of the last 30 years will be considered settled.

3. It is expected that Russia will not invade neighbouring countries and NATO will not expand further.

4. A dialogue will be held between Russia and NATO, mediated by the United States, to resolve all security issues and create conditions for de-escalation in order to ensure global security and increase opportunities for cooperation and future economic development.

5. Ukraine will receive reliable security guarantees.

6. The size of the Ukrainian Armed Forces will be limited to

- The US will receive compensation for the guarantee.
- If Ukraine invades Russia, it will lose the guarantee.
- If Russia invades Ukraine, in addition to a decisive coordinated military response, all global sanctions will be reinstated, recognition of the new territory and all other benefits of this deal will be revoked.
- If Ukraine launches a missile at Moscow or St. Petersburg without cause, the security guarantee will be deemed invalid.

11. Ukraine is eligible for EU membership and will receive short-term preferential access to the European market while this issue is being considered.

12. A powerful global package of measures to rebuild Ukraine, including but not limited to:



Europe will add \$100 billion to increase the amount of investment available for Ukraine's reconstruction. Frozen European funds will be unfrozen. The remainder of the frozen Russian funds will be invested in a separate US-Russian investment vehicle that will implement joint projects in specific areas. This fund will be aimed at strengthening relations and increasing common interests to create a strong incentive not to return to conflict.

13. Russia will be reintegrated into the global economy:

- a. The lifting of sanctions will be discussed and agreed upon in stages and on a case-by-case basis.
- b. The United States will enter into a long-term economic cooperation agreement for mutual development in the areas of energy, natural resources, infrastructure, artificial intelligence, data centres, rare earth metal extraction projects in the

16. Russia will enshrine in law its policy of non-aggression towards Europe and Ukraine.

17. The United States and Russia will agree to extend the validity of treaties on the non-proliferation and control of nuclear weapons, including the START I Treaty.

18. Ukraine agrees to be a non-nuclear state in accordance with the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear

of different cultures and eliminating racism and prejudice:

- a. Ukraine will adopt EU rules on religious tolerance and the protection of linguistic minorities.
- b. Both countries will agree to abolish all discriminatory measures and guarantee the rights of Ukrainian and Russian media and education.
- c. All Nazi ideology and activities must be rejected and prohibited.

21. Territories:

- a. Crimea, Luhansk and Donetsk will be recognised as de facto Russian, including by the United States.
- b. Kherson and Zaporizhzhia will be frozen along the line of contact, which will mean de facto recognition along the line of contact.
- c. Russia will relinquish other agreed territories it controls outside the five regions.
- d. Ukrainian forces will withdraw from the part of Donetsk Oblast that they currently control, and

force. Any security will not apply in the breach of this contract.

23. Russia will not use Ukraine from using the River for commercial and agreements reached on the free grain across the border.

24. A humanitarian corridor will be established to resolve outstanding issues.

a. All remaining personnel bodies will be exchanged on an 'all for all' basis.

b. All civilian detainees will be released, including children.

c. A family reunification programme will be implemented.

d. Measures will be taken to alleviate the suffering of the victims of the conflict.

25. Ukraine will have to withdraw its forces in 100 days.

26. All parties involved in this conflict will receive amnesty for their actions during the war and make any claims in any complaints in the future.

27. This agreement will be legally binding.

Von den USA und Russland vorgeschlagenes Rahmenabkommen für den Friedensprozess © Reddit

Infosperber dokumentiert den Ukraine-Plan im Wortlaut

Die 28 Punkte des «Vorschlags» (so das Weisse Haus) enthalten eine umfassende Friedensregelung. Ein Kommentar dazu am Schluss.

upg.

Es handelt sich um den Vorschlag der USA und Russlands für ein Rahmenabkommen, das den Krieg beendet, aber auch das Verhältnis der Nato zu Russland regelt sowie einen Beitritt der Ukraine zur EU ermöglicht. Gleichzeitig sollen die Beziehungen zwischen den USA und Russland normalisiert werden.

Das zum Teil konkret und zum Teil allgemein gehaltene Rahmenabkommen soll rechtlich bindend sein. Im Gegensatz dazu war das Budapest Memorandum von 1994 rechtlich nicht bindend. Jene Absichtserklärung hatte der US-Senat deshalb nicht ratifizieren müssen.

Um den Vorschlag oder Plan richtig einzuschätzen zu können, muss man den vollständigen Wortlaut kennen.

Die 28 Punkte des Vorschlags im Wortlaut

1. Die Ukraine bleibt ein souveräner Staat.
2. Zwischen Russland, der Ukraine und Europa wird ein umfassendes Nichtangriffsabkommen geschlossen. Alle Unklarheiten der letzten 30 Jahre gelten damit als geklärt.
3. Es wird davon ausgegangen, dass Russland nicht in Nachbarländer einmarschiert und die Nato nicht weiter expandiert.
4. Es wird einen Dialog zwischen Russland und der Nato unter Vermittlung der USA geben, um alle Sicherheitsfragen zu klären und Bedingungen für eine Deeskalation zu schaffen, globale Sicherheit zu gewährleisten und Möglichkeiten für Zusammenarbeit und zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern.
5. Die Ukraine wird zuverlässige Sicherheitsgarantien erhalten.
6. Die Stärke der Streitkräfte der Ukraine wird auf 600'000 Soldaten begrenzt.
7. Die Ukraine erklärt sich bereit, in ihrer Verfassung festzuschreiben, dass sie nicht der Nato beitreten wird, und die Nato erklärt sich bereit, in ihre Statuten eine Bestimmung aufzunehmen, dass sie die Ukraine zu keinem Zeitpunkt in der Zukunft aufnehmen wird.
8. Die Nato erklärt sich bereit, keine Truppen in der Ukraine zu stationieren.
9. Europäische Kampfflugzeuge werden in Polen stationiert.
10. Die Ukraine erhält Sicherheitsgarantien von den USA, jedoch unter bestimmten Bedingungen.
 - a) Die USA erhalten eine Entschädigung für die Garantie.
 - b) Wenn die Ukraine in Russland einmarschiert, verliert sie ihre Garantie.

- c) Sollte Russland in die Ukraine einmarschieren, werden neben einer entschlossenen, koordinierten militärischen Reaktion alle globalen Sanktionen wieder in Kraft gesetzt und die Anerkennung des neuen Territoriums sowie alle anderen Vorteile dieses Abkommens aufgehoben.
 - d) Wenn die Ukraine ohne Grund eine Rakete auf Moskau oder Sankt Petersburg abschießt, wird die Sicherheitsgarantie als ungültig betrachtet.
11. Die Ukraine hat Anspruch auf eine EU-Mitgliedschaft und erhält während der Prüfung dieser Frage kurfristig präferenziellen Zugang zum europäischen Markt.
12. Ein umfassendes globales Massnahmenpaket zur Wiederherstellung der Ukraine, das unter anderem Folgendes umfasst:
- a) Gründung eines Entwicklungsfonds für die Ukraine zur Investition in Wachstumsbranchen wie Technologie, Rechenzentren und künstliche Intelligenz.
 - b) Die USA werden mit der Ukraine zusammenarbeiten, um gemeinsam die Gasinfrastruktur der Ukraine, einschließlich Pipelines und Speicheranlagen, wieder aufzubauen, zu entwickeln, zu modernisieren und zu betreiben.
 - c) Gemeinsame Anstrengungen zur Wiederherstellung der vom Krieg betroffenen Gebiete, zur Sanierung, zum Wiederaufbau und zur Modernisierung von Wohnvierteln in Städten.
 - d) Entwicklung der Infrastruktur.
 - e) Gewinnung von Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen.
 - f) Die Weltbank wird ein spezielles Finanzierungspaket schmücken, um diese Bemühungen zu beschleunigen.
13. Russland wird wieder in die Weltwirtschaft integriert.
- a) Die Aufhebung der Sanktionen wird schrittweise und individuell diskutiert und vereinbart werden.
 - b) Die USA werden ein langfristiges Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen in den Bereichen Energie, natürliche Ressourcen, Infrastruktur, künstliche Intelligenz, Rechenzentren, Projekte zur Gewinnung seltener Erden in der Arktis sowie andere für beide Seiten vorteilhafte Unternehmensmöglichkeiten abschließen.
 - c) Rückkehr Russlands in die G8.
14. Die eingefrorenen (russischen) Gelder werden wie folgt verwendet: 100 Milliarden Dollar der eingefrorenen russischen Gelder werden in die von den USA angeführten Bemühungen zum Wiederaufbau und zur Investition in die Ukraine investiert. Die USA erhalten 50 Prozent der Gewinne aus diesem Unternehmen. Europa wird weitere 100 Milliarden Dollar hinzufügen, um die für den Wiederaufbau der Ukraine verfügbaren Investitionen zu erhöhen.
- Die eingefrorenen europäischen Gelder werden freigegeben. Der Rest der eingefrorenen russischen Gelder wird in ein separates amerikanisch-russisches Investitionsinstrument investiert, das gemeinsame amerikanisch-russische Projekte in noch zu bestimmenden Bereichen umsetzen wird. Dieser Fonds wird darauf abzielen, die Beziehungen zu stärken und gemeinsame Interessen zu fördern, um einen starken Anreiz zu schaffen, nicht in den Konflikt zurückzufallen.
15. Es wird eine gemeinsame amerikanisch-russische Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen eingerichtet, um die Umsetzung aller Bestimmungen dieses Abkommens zu fördern und sicherzustellen.
16. Russland wird seine Nichtangriffspolitik gegenüber Europa und der Ukraine gesetzlich verankern.
17. Die USA und Russland vereinbaren die Verlängerung der Verträge über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und die Kontrolle darüber, einschließlich des Start-Vertrags.
18. Die Ukraine erklärt sich bereit, gemäß dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ein atomwaffenfreier Staat zu sein.
19. Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Saporischschja unter Aufsicht der IAEA, Strom wird 50/50 zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation aufgeteilt.
20. Beide Länder verpflichten sich, Bildungsprogramme in Schulen und in der Gesellschaft einzuführen, die das Verständnis und die Toleranz gegenüber verschiedenen Kulturen fördern und Rassismus und Vorurteile beseitigen.
- a) Die Ukraine übernimmt EU-Vorschriften zu religiöser Toleranz und zum Schutz sprachlicher Minderheiten.
 - b) Beide Länder vereinbaren, alle diskriminierenden Massnahmen aufzuheben und die Rechte der ukrainischen und russischen Medien und Bildungseinrichtungen zu garantieren.
 - c) Die gesamte nationalsozialistische Ideologie und Tätigkeit muss abgelehnt und verboten werden.
21. Gebiete:
- a) Krim, Luhansk und Donezk werden de facto als russisch anerkannt, auch von den USA.
 - b) Cherson und Saporischschja werden an der Kontaktlinie eingefroren, was eine De-facto-Anerkennung der Kontaktlinie bedeuten würde.
 - c) Russland verzichtet auf andere vereinbarte Gebiete, die es außerhalb der fünf Regionen kontrolliert.

- d) Die ukrainischen Streitkräfte werden aus dem Teil der Region Donezk, den sie derzeit kontrollieren, abgezogen, und dieses Rückzugsgebiet wird als neutrale entmilitarisierte Pufferzone betrachtet, die international als zum Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gehörig anerkannt ist. Die russischen Streitkräfte werden diese entmilitarisierte Zone nicht betreten.
22. Nach der Vereinbarung künftiger territorialer Vereinbarungen verpflichten sich sowohl die Russische Föderation als auch die Ukraine, diese Vereinbarungen nicht mit Gewalt zu ändern. Bei Verstößen gegen diese Verpflichtung finden Sicherheitsgarantien keine Anwendung.
23. Russland wird die Ukraine nicht daran hindern, den Fluss Dnepr für Handelsaktivitäten zu nutzen, und es werden Vereinbarungen über den freien Transport über das Schwarze Meer getroffen werden.
24. Es wird ein humanitärer Ausschuss eingerichtet, um offene Fragen zu klären.
- a) Austausch von Gefangenen und Toten nach dem Prinzip ‹alle für alle›, Rückkehr von Zivilisten und Kindern.
 - b) Alle festgehaltenen Zivilisten und Geiseln werden zurückgebracht, einschließlich Kinder.
 - c) Ein Programm zur Familienzusammenführung wird umgesetzt.
 - d) Es werden Massnahmen ergriffen, um das Leiden der Opfer des Konflikts zu lindern.
25. Die Ukraine wird in 100 Tagen (nach Friedensschluss) Wahlen abhalten.
26. Alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien erhalten vollständige Amnestie für ihre Handlungen während des Krieges und erklären sich bereit, keine Ansprüche geltend zu machen und keine Beschwerden mehr zu verfolgen.
27. Dieses Abkommen wird rechtsverbindlich sein. Seine Umsetzung wird vom Friedensrat unter der Leitung von Präsident Donald J. Trump überwacht und garantiert werden. Verstöße werden mit Sanktionen geahndet.
28. Sobald alle Parteien diesem Memorandum zugestimmt haben, tritt der Waffenstillstand sofort in Kraft. Sobald sich beide Seiten an die vereinbarten Punkte zurückgezogen haben, beginnt die Umsetzung des Abkommens.

Quelle des englischen Textes: Ivan Katchanovski auf der Plattform X.

Übersetzung: Tagesspiegel

Kommentar von Urs P. Gasche

Nachteile und kritische Punkte haben grosse Medien bereits thematisiert. Einige Medien schreiben sogar von einem ‹Deal für Putin› oder einem ‹Desaster für Europa›. Im Folgenden seien mögliche Vorteile dieses umfassenden Vorschlags hervorgehoben.

Vorteile für die am meisten Betroffenen

Die Soldaten auf beiden Seiten riskieren nicht mehr ihr Leben. In der Ukraine wurden bis heute über 100'000 Soldaten und Zivilisten getötet und doppelt so viele verletzt. In Russland soll es bisher 250'000 Getötete und rund 700'000 Verletzte gegeben haben.

Vorteile für Russland

- Das Sicherheitsbedürfnis Russlands an seinen Grenzen wird respektiert. Die Ukraine wird kein Mitglied der Nato und es gibt keine Nato-Präsenz im Nachbarland. Die ukrainische Armee wird begrenzt.
- Die Krim und die Republiken des Donbas bleiben bei der russischen Föderation. (Besser wären von der OSZE oder der Uno überwachte Volksabstimmungen gewesen, so dass die betroffene Bevölkerung ihre Zukunft selber hätte bestimmen können.)
- Die Sanktionen gegen Russland werden aufgehoben.

Vorteile für die Ukraine

- Die Ukraine wird als souveräner Staat – ohne Krim und den Donbas – anerkannt.
- Eine Garantie Russlands und der USA, dass Russland keine anderen Teile der Ukraine angreift.
- Geflüchtete oder ausgewanderte Ukrainerinnen und Ukrainer können wieder in ihre Heimat zurückkehren.
- Ein Anschluss der Ukraine an die EU wird von Russland akzeptiert.
- Es wird eine grosse Unterstützung zum Wiederaufbau und zur Entwicklung des Landes gewährt.

Vorteil für die Geopolitik

- Die Risiken einer weiteren Eskalation des Kriegs sind weg.
- Statt des kalten Kriegs kommt es zu einer Zusammenarbeit mit Russland.
- Verhandlungen über Abrüstung werden wieder möglich.
- Die Kornkammern Ukraine und Russland können die Welt wieder ungehindert mit Nahrungs- und Futtermitteln versorgen.
- Westeuropäische Länder können von Russland wieder günstiges Öl und Gas kaufen.

Risiken gibt es bei solch umfassenden Abkommen immer. In der «NZZ» nannte Andreas Rüesch den Friedensplan ein «Desaster für Europa». Es werde in Kauf genommen, dass Russland dank neuer Einnahmen und ohne Sanktionen noch stärker aufrüsten könne. Rüesch war stets davon ausgegangen, dass es «Putin um eine fundamentale Änderung der Machtordnung in Europa» gehe («NZZ», 8.6.2024) und «der Kreml sein Ziel nicht aufgeben wird, Europa ... zu beherrschen» («NZZ», 30.11.2024). Putins Propagandisten würden bereits diskutieren, «wer als Nächstes die Gnade der russischen Peitsche spüren soll – Polen, Litauer, Finnen, Moldauer, Kasachen». Mit dem «Virus des russischen Imperialismus» gebe es «nichts zu verhandeln» («NZZ», 8.6.2024).

Rüesch hat die Möglichkeit immer ausgeschlossen, dass es Russland um seine Sicherheitsbedürfnisse und die Nato-Präsenz in der Ukraine geht (so wie die USA ihre Sicherheitsbedürfnisse in Lateinamerika garantiert sehen wollen). Und er ignorierte stets, dass die Mehrheit der Bevölkerungen der Krim und des Donbas – wenn ihnen die Ukraine die lange geforderte Autonomie nicht gewährt – sich lieber der Russischen Föderation anschliessen wollte.

Attention! The humanoids on this planet are so stupid that they have overpopulated their home to the point of uninhabitability and are on the verge of destroying themselves through (religious) wars and self-inflicted disasters.



If someone tells them, “Introduce birth control!”, they just laugh at him.

Achtung! Die Humanoiden dieses Planeten sind so dumm, dass sie ihren Planeten bis zur Unbewohnbarkeit überbevölkert haben und jetzt kurz davorstehen, sich selbst durch (Religions-)Kriege und selbstverursachte Katastrophen zu vernichten.

Wenn Ihnen jemand sagt «Führt Geburtenregelungen ein!», dann lachen sie nur über ihn.

Bitte unterstützt die Petition für einen globalen Geburtenstopp Please support the petition for a global birth stop!
→ <https://www.change.org/un-weltweiten-geburtenstopp-beschliessen>

Achim Wolf, Deutschland

Sahra Wagenknecht über den Hauptgrund für den Ukraine-Krieg

Auch wenn Politik und Mainstreammedien es uns einreden wollen: Der Hauptgrund für den Ukraine-Krieg ist nicht territoriale Expansionslust Putins, sondern Russlands Angst vor NATO-Militär in der Ukraine. Selbst der ehemalige NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat bestätigt, dass Putin den Krieg begonnen hat, weil er «die Tür der NATO schliessen» wollte. Und auch der frühere Papst Franziskus sah in dem «Bellen der NATO vor Russlands Tür» eine Provokation. Warum werden die wahren Gründe für den Ukraine-Krieg in Deutschland verschwiegen? Will Putin wirklich die NATO überfallen? Und warum sind Aufrüstung und Kriegstüchtigkeitsdenken die eigentlichen Gefahren für Frieden und Sicherheit in Europa? Über diese und weitere Fragen spreche ich mit SPD-Urgestein Klaus von Dohnanyi.



Quelle: <https://www.facebook.com/sahra.wagenknecht>

INFOsperber

sieht, was andere übersehen.

25.11.2025



Protest in Los Angeles gegen die aggressive Politik Präsident Putins. © hannatv/Depositphotos

Die Erzählung vom russischen Imperialismus

Russland will in den benachbarten Ländern Ukraine und Georgien keine Nato. Putin will und kann aber keinen Nato-Staat erobern.

Urs P. Gasche

Red. Militärs, Politiker und manche Medien hämmern der Bevölkerung fast täglich ein, wie bedrohlich die Lage sei. Russland wolle nicht nur die Krim behalten und die Donbas-Republiken Donezk und Luhansk militärisch vollständig einnehmen. Vielmehr bedrohe ein imperialistischer Putin auch benachbarte Nato-Staaten. Deshalb müsse Europa massiv aufrüsten – auch die Schweiz. Infosperber stellt eine andere Einschätzung zur Diskussion.

Die Erzählung des «russischen Imperialismus», mit der man das enorme Aufrüsten Europas rechtfertigt, wird nur selten hinterfragt. Als Tamedia-Zeitungen am 13. November 2025 die als Rüstungslobbyistin bekannte deutsche FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann interviewten, waren die Fragen reine Bettvorleger:

«Welche Angriffe Russlands halten Sie für möglich?».

Antwort Strack-Zimmermann:

«Man braucht Putin nur zuzuhören, um zu wissen, was er vorhat: Um das grosse russische Reich wiederherzustellen, gehören seiner Ansicht nach die Ukraine, Belarus, Moldau und Georgien dazu – aber ebenso die baltischen EU-Mitglieder Estland, Lettland und Litauen. Diese Länder sind schwerst bedroht.» Nachfrage Tamedia: «Welche Szenarien halten Sie für realistisch?»

Antwort Strack-Zimmermann:

«Putin könnte beispielsweise versuchen, die lettische Hauptstadt Riga einzunehmen. Und dann erneut mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, sollten wir versuchen, Riga zurückzuholen.»

Um für das Aufrüsten zu trommeln, hätte es die Rüstungslobby nicht besser formulieren können.

Was ist Imperialismus?

Der Begriff stammt aus dem 19. Jahrhundert, als europäische Länder ihre Herrschaft mit Kolonien in andere Kontinente ausdehnten. Andere Länder und Völker werden militärisch und wirtschaftlich kontrolliert und abhängig gemacht. Meistens geht es um Rohstoffe und Märkte. Im Kalten Krieg strebten die USA und die Sowjetunion nach globalem Einfluss. Heute streiten sich insbesondere die USA und China darum.

Der Begriff wird auch polemisch benutzt, um das gegnerische Lager zu diskreditieren. Als «Beweis» für den russischen Imperialismus und für die grosse Bedrohung Westeuropas dienen die russischen Interventionen auf der Krim und im Donbas.

Diese «Beweise» für Russlands Imperialismus würden sich in Luft auflösen, falls Putin mit seinem Krieg verhindern wollte,

- dass sich die Nato in der Ukraine festsetzt;
- dass eine aufgerüstete Ukraine den von Russland kontrollierten Teil des Donbas und allenfalls sogar die Krim militärisch einnehmen kann.

Die «Beweise» einer drohenden Gefahr klammern auch das reale Kräfteverhältnis zwischen Russland und der heutigen Nato geflissentlich aus.

Vielmehr pflückt man Zitate aus der russischen Kriegspropaganda einseitig heraus, um als Tatsache darzustellen, dass Putin die Absicht hege, die Gebiete der früheren Sowjetunion wieder unter seine Kontrolle zu bringen.

Ähnlich könnten Zitate US-Präsident Trumps und von dessen Entourage als «Beweis» dienen, dass er Grönland, Kanada, Panama und Venezuela militärisch angreifen wolle.

Medien stimmen in den Chor der Angstmacher ein

Die schlecht begründete Angstmacherei der Nato, der Rüstungslobby und der angehängten Think-Tanks schlägt ein. Tamedia-Auslandredaktor Christof Münger verbreitete im Juli: «Europa hat keine andere Wahl als aufzurüsten.» Nur «Schlafwandler» würden dies nicht einsehen. Denn die «imperialistischen Fantasien des Kremlführers sind gut dokumentiert». Als Beleg diente Münger ein Zitat von Christian Dussey, Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes: «Russland will seinen Status als imperiale Grossmacht zurückerlangen.»

Münger konfrontierte Dussey nicht mit der Frage, weshalb ein imperialistischer Putin nicht schon längst Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan oder Turkmenistan erobert hat. Dort hätte er eine freiere Hand gehabt als in Nato-Staaten.

Auch fragte er nicht, warum Putin nach dem Staatstreich von 2014 mit einem Einmarsch in die Ukraine zuwartete, bis die Ukraine im Jahr 2022 massiv aufgerüstet war.

Das ständige Wiederholen der imperialistischen Gefahr erhöht die Angst. Die Bevölkerung soll bereit sein und akzeptieren, dass ihre Regierungen und Parlamente Milliarden für die Rüstung ausgeben statt für das Sichern unserer Lebensgrundlagen.

Einige Beispiele aus der «NZZ» und Tamedia-Zeitungen:

«Sieg Putin in der Ukraine, sind die baltischen Staaten, Polen und die Republik Moldau als Nächstes bedroht», warnte Redaktor Markus Bernath am 3. März 2024 in der «NZZ am Sonntag». Was er mit einem «Sieg in der Ukraine» meint, blieb offen.

Am 8. Juni 2024 wiederholte «NZZ»-Auslandredaktor Andreas Rüesch: Der «gewalttätige Imperialismus» und die «genozidalen Absichten» Putins würden «an der Grenze der Ukraine nicht haltmachen». Seine Propagandisten würden bereits diskutieren, «wer als Nächstes die Gnade der russischen Peitsche spüren soll – Polen, Litauen, Finnen, Moldauer, Kasachen». Mit dem «Virus des russischen Imperialismus» gebe es «nichts zu verhandeln».

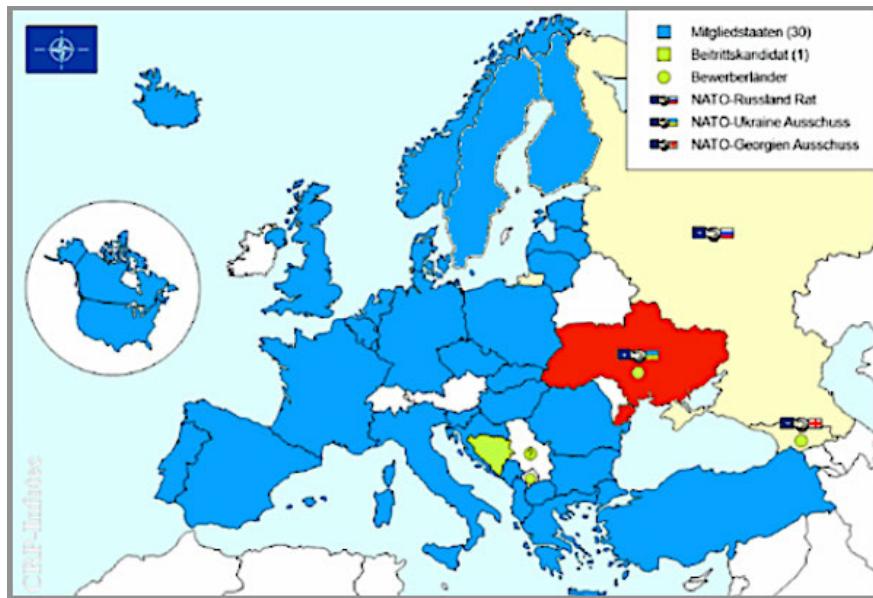
«NZZ»-Redaktor Georg Häslер verbreitete am 27. November 2024 als gesicherte Tatsache: «Längerfristig verfolgt Russland die Absicht, Deutschland aus der Nato herauszulösen.»

Markus Mäder, Chef der Schweizer Sicherheitspolitik, konnte am 8. Juni 2025 in der «Sonntags-Zeitung» verbreiten: «Putins Absicht und sein Potenzial führen zum Schluss, dass es gegen Ende dieses Jahrzehnts sehr gefährlich werden könnte.» Die «Sonntags-Zeitung» fragte ihn nicht nach Quellen und Argumenten für diese Behauptung.

Das Mantra des russischen Imperialismus setzte «NZZ»-Bundeshausredaktorin Andrea Fopp am 2. September 2025 fort: «Putins Unterwerfungssehnsüchte enden nicht an der territorialen Grenze der Ukraine, Polens oder Litauens.»

Die Sicherheitszone Russlands verletzt

Eine diametral entgegengesetzte Analyse vertritt der linke US-Journalist Chris Hedges: «Die Nato ist das gefährlichste Militärbündnis der Welt.» Es sei nachvollziehbar, dass Russland seine Sicherheit von der Einkreisung der Nato gefährdet sehe.



Blau = Nato-Mitglieder am 1.1.2025. Rot = Ukraine (ohne Krim). Gelb = Russland. © Richter-Publizistik

Herfried Münkler, langjähriger Professor für Politikwissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität, pflichtete Hedges bei:

«Man kann feststellen, dass die Russen so etwas wie Einkreisungsängste haben. Solche Ängste haben bei der Entstehung von Kriegen schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Ein Mittel dagegen sind Pufferzonen. Sie dienen einer gewissen Stabilität und schaffen Flexibilität bei Verhandlungen zwischen Grossmächten.»

An diese und ähnliche Stimmen erinnern Politiker und grosse Medien nur selten. Es gab sie schon lange: George F. Kennan, US-Diplomat mit Stationen in Moskau, Riga, Tallinn und Berlin und nachher Geschichtsprofessor an der Princeton University, warnte bereits 1997 – also noch bevor Polen, Tschechien und Ungarn in die Nato aufgenommen wurden:

«Eine Erweiterung der Nato wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg. Es ist zu erwarten, dass eine solche Entscheidung die nationalistischen, antiwestlichen und militaristischen Tendenzen in der russischen Meinung anheizt. [...] Die Russen sind wenig beeindruckt von den amerikanischen Versicherungen, eine Erweiterung der Nato finde ohne feindselige Absichten statt. Die Russen würden ihr Prestige (das in der russischen Meinung immer an erster Stelle steht) und ihre Sicherheitsinteressen als beeinträchtigt ansehen.»

Im Jahr 2008, als die Nato der Ukraine und Georgien eine Mitgliedschaft grundsätzlich in Aussicht stellte, warnte aus Moskau US-Botschafter William Burns seine Aussenministerin Condolezza Rice im vertraulichen Memo «Nyet means Nyet: Russia's Nato Enlargement redlines»: Die gesamte politische Klasse Russlands, nicht nur Putin, lehne eine Nato-Erweiterung strikt ab. Dieses Memo wurde nur bekannt, weil es Julian Assange geleakt hatte.

Peter Beinart, Associate Professor für Journalismus und Politikwissenschaften an der City University of New York, erklärte Anfang 2022: Nur wenn die USA auch die Einflusssphäre Russlands respektierten, sei garantiert, «dass der russische Einfluss die Ukraine nicht zerstört und Europa nicht in einen Krieg hineingezogen wird». Denn Einflusssphären von Grossmächten seien «rund um den Globus eine Realität (siehe Infosperber vom 28.1.2022).

Unterdessen ist es geschehen: Russland zerstört die Ukraine, und Europa beteiligt sich an dem Krieg.

Nato-Generalsekretär: «Es war Putins Bedingung»

Der frühere Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg räumte im September 2023 in einer Rede vor EU-Ausschüssen ein, dass das unnachgiebige Drängen der USA, die Nato auf die Ukraine zu erweitern, die eigentliche Ursache des Krieges sei – und der Grund dafür, dass dieser Krieg bis heute andauert.

Die aufschlussreichen Aussagen Stoltenbergs:

«Präsident Putin erklärte im Herbst 2021, die Nato solle versprechen, sich nicht mehr zu erweitern. Er schickte dazu einen Vertragsentwurf. Es war seine Bedingung, um in die Ukraine nicht einzumarschieren. Natürlich haben wir das nicht unterschrieben.

Er wollte, dass wir unsere militärische Infrastruktur in allen Bündnisstaaten entfernen, die der NATO seit 1997 beigetreten sind. Die Hälfte der NATO, also ganz Mittel- und Osteuropa, sollten militärisch eine Art B-Mitgliedschaft zweiter Klasse erhalten. Das haben wir abgelehnt. Also zog er in den Krieg, um die NATO an seinen Grenzen zu verhindern. Doch er hat genau das Gegenteil erreicht.»

“The background was that President Putin declared in the autumn of 2021, and actually sent a draft treaty that they wanted NATO to sign, to promise no more NATO enlargement. That was what he sent us. And was a pre-condition to not invade Ukraine. Of course, we didn't sign that.

The opposite happened. He wanted us to sign that promise, never to enlarge NATO. He wanted us to remove our military infrastructure in all Allies that have joined NATO since 1997, meaning half of NATO, all the Central and Eastern Europe, we should remove NATO from that part of our Alliance, introducing some kind of B, or second-class membership. We rejected that.

So, he went to war to prevent NATO, more NATO, close to his borders. He has got the exact opposite.”

Ausschnitt aus der Rede von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. © EU

Präsident Donald Trump erklärte am 7. Januar 2025 in Mar-a-Lago:

«Wissen Sie, ein grosser Teil des Problems war, dass Russland über viele, viele Jahre hinweg – lange vor Putin – sagte, dass die Nato niemals in die Ukraine involviert sein dürfe. Das war quasi in Stein gemeisselt. Und irgendwann meinte Biden: Nein, sie sollten der Nato beitreten können. Dann hat eben Russland jemanden direkt vor der Haustür. Ich konnte ihre Gefühle darüber verstehen. [...] Das hätte niemals passieren dürfen.»

Henry Kissinger, langjähriger US-Aussenminister, hatte schon lange vor einer verhängnisvollen Politik des Westens gewarnt. Um die Sicherheitsinteressen Russlands zu respektieren, schlug Kissinger am 5. März 2014, wenige Tage vor der völkerrechtswidrigen Sezession der Krim, in der Washington Post vor (wörtliche Übersetzung):

«Die Ukraine sollte nicht der Nato beitreten, eine Position, die ich 2007 vertrat, als dieses Thema das letzte Mal zur Sprache kam. [...] Es sollte der Ukraine freistehen, eine Regierung zu bilden, die mit dem ausdrücklichen Willen ihres Volkes vereinbar ist. Auf internationaler Ebene sollten sie eine Haltung einnehmen, die mit der Finlands vergleichbar ist. Dieses Land lässt keinen Zweifel an seiner starken Unabhängigkeit aufkommen und arbeitet in den meisten Bereichen mit dem Westen zusammen, vermeidet aber sorgfältig eine institutionelle Feindschaft gegenüber Russland.»

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder formulierte es im Oktober 2023 wie folgt:

«Mir ist klar, dass Russland sich bedroht fühlt. Schauen Sie: Die Türkei ist Nato-Mitglied. Es gibt Raketen, die direkt Moskau erreichen können. Die USA wollten die Nato an die russische Westgrenze bringen, mit der Ukraine als Neumitglied etwa. All das fühlte sich für die Russen als Bedrohung an [...] Egal, wer in Russland an der Macht ist, dort existiert die Überzeugung, dass der Westen sich mit der Nato weiter ausbreiten will, und zwar in den postsowjetischen Raum. Stichwort: Georgien und Ukraine.

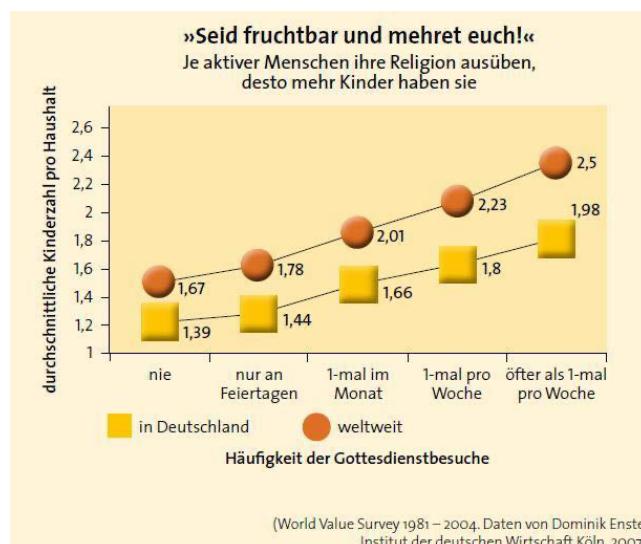
Das wird niemand, der an der Spitze Russlands steht, zulassen. Diese Gefahrenanalyse mag emotional sein, aber sie ist in Russland real. [...] Trotzdem erachte ich Russlands Krieg als einen Fehler.»

«NZZ»-Chefredaktor Eric Gujer zog in seinem Leitartikel vom 10. Mai 2025 eine Bilanz und stellte fest: «Es war klar, dass sich Moskau mit der Vergrösserung des (Nato-)Bündnisses nie abfinden würde.»

Ohne die Ausdehnung der Nato an die Grenzen Russlands wäre es wahrscheinlich nicht zum völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine gekommen. Der fürchterliche Krieg hätte nicht stattgefunden.



Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=122147896496855887&set=gm.711431698314571&idorvanity=138490118942068>



Quelle:
<https://www.facebook.com/photo/?fbid=2620613574968695&set=gm.25711868078405992&idorvanity=4293123190707124>

Anno 1995 hat Selensky sein Jura-Studium in Kiew mit einem Diplom abgeschlossen

Erst danach wechselte Selensky in die Schauspielerei. Niederländische Politiker haben von Selensky bis heute keine Antwort auf die Frage erhalten: Herr Selensky, womit haben sie ihr imenses Privatvermögen erwirtschaftet? / Wer das Selensky Regime mit Geldspenden unterstützt, macht sich nicht unerheblich der Korruption verdächtig. Vor allem jene Politiker, die ihr Aktenköfferli gerne persönlich nach Kiew tragen.



Quelle: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=2391807581236698&set=gm.1685138249130774&idorvanity=689291605382115>

Neutralität ist Freiheit

Autor: Uli Gellermann/Datum: 23.11.2025

Es sind vor allem Militärbündnisse wie die NATO, auf die der alte deutsche Spruch, nach dem man schnell mithängen kann, wenn man blind mitgeht. Die deutsche Mitgliedschaft in der NATO und der darin verankerten US-Gefolgschaft ist solch ein blindes Mitmarschieren. Solch eine verblendete deutsche Reaktion war gut von Anbeginn des Ukrainekrieges zu sehen. Deutsche Medien, Regierungen und Parteien wollten von Beginn an nicht begreifen, dass die NATO-Fixierung der Ukraine für die Russische Föderation eine existenzielle Gefährdung war. Dieser Gefahr sind die Russen konsequent und hart militärisch begegnet.

Antrainierter Reflex der Europäischen Union

Wie in einem blinden, antrainierten Reflex reagieren Teile der Europäischen Union auf den erkennbaren Sieg der Russen in der Ukraine. Statt den Plan der USA, der ein Ende des Ukrainekriegs anvisiert, konstruktiv zu unterstützen, tischt die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Kritik auf: Der Ukraine dürfe keine Einschränkungen für ihre Armee auferlegt werden. Das «Reparationsdarlehen» an die Ukraine müsse aus den eingefrorenen russischen Vermögenswerten gedeckt werden. Implizit spricht sie sich immer noch für eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO aus.

Österreich *immerwährend neutral*

Nur eine gesetzlich verankerte Neutralität kann die Bürger Deutschlands aus der Gefahren-Zone retten, in der sie sich zur Zeit befinden. Die Republik Österreich ist seit dem 26. Oktober 1955 durch ein Verfassungsgesetz *immerwährend neutral*. Auch wenn die österreichische Mitgliedschaft in der EU diese Neutralität faktisch einschränkt, gibt es den Bürgern des Landes doch einen einklagbaren Hebel für Aktionen gegen eine Kriegsbeteiligungen der Republik Österreich. Eine verankerte deutsche Neutralität würde für Deutsch-

land einen Schritt in das Reich der Selbstständigkeit und der Freiheit bedeuten und würde sie von der Patronage der USA lösen.

Einstieg in die Neutralität

Die Bundesrepublik Deutschland steht in der Nachfolge der Weimarer Republik – der ersten deutschen Demokratie – von 1919 bis 1933. Zwar erklärte sich die Weimarer Republik nicht ausdrücklich als ‹neutral›. Aber mit dem ‹Berliner Vertrag› zwischen Deutschland und der Sowjetunion von 1926, der die Sowjetunion unterstützte und im Falle eines Krieges mit einem Drittstaat Neutralität zusicherte, wurde ein Einstieg in die Neutralität des Deutschen Reichs beschlossen. Der ‹Berliner Vertrag› beweist historisch die verfassungsrechtliche Möglichkeit einer bundesrepublikanischen Neutralität.

Neutralität ausserparlamentarisch durchsetzen

Da keine der Bundestagsparteien zur Zeit die Neutralität Deutschlands anstrebt, wird dieser Schritt zur Abwendung von Kriegsgefahren vorläufig nur ausserparlamentarisch durchzusetzen sein. Es ist zu prüfen, wann und wo ein Kongress über eine solche Kampagne beraten kann.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/neutralitaet-ist-freiheit>



AFP/Getty Images

Orbán: EU-Finanzierungsplan für die Ukraine wird Klagen, den Zusammenbruch des Euro und Schulden für unsere Enkel auslösen

ZeroHedge, November 21, 2025

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat erneut gewarnt, dass der von der Europäischen Kommission (EK) vorgeschlagene neue Kredit an die Ukraine in Höhe von 135 Milliarden Euro letztlich von den Enkeln der EU-Bevölkerung bezahlt werden müsse.

Er sagte: «Eine astronomische Summe, die es heute nicht gibt. Sie existiert einfach nicht.»

Und weiter: «Der Brüsseler ‹Zaubertrick› wäre erneut ein gemeinsamer europäischer Kredit – ein Schritt, der garantieren würde, dass sogar unsere Enkel die Kosten des russisch-ukrainischen Konflikts bezahlen müssten.»

Dies war seine Antwort auf einen Brief, den EK-Präsidentin Ursula von der Leyen kürzlich verschickt hatte, in dem sie verzweifelt versucht, zusätzliche Mittel für Kiew aufzutreiben, um ein Haushaltsloch von rund 150 Milliarden Dollar zu schliessen.

Von der Leyen schrieb: «Es wird nun entscheidend sein, schnell eine klare Zusage zu erhalten, wie sicher gestellt werden kann, dass die notwendige Finanzierung für die Ukraine beim nächsten Europäischen Rat im Dezember vereinbart wird.»

Doch Orbán widersprach und wies darauf hin, dass dieser gigantische Betrag mindestens 65% des jährlichen ungarischen Wirtschaftsumfangs und fast 75% des jährlichen EU-Haushalts ausmacht – ein ‹absurder Vorschlag.›

Er kommentierte: «Das ist mehr als unmöglich. Das ist absolut lächerlich. Ungarns Antwort wird sofort folgen.»

Warnung vor Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte

Orbán warnte ausserdem, dass ein Zugriff auf eingefrorene russische Vermögenswerte zu Klagen und möglicherweise zum Zusammenbruch des Euro führen würde.

Er schrieb: «Zu den eingefrorenen russischen Vermögenswerten: Eine bequeme Lösung, aber die Folgen sind unvorhersehbar. Lange Rechtsstreitigkeiten, zahlreiche Klagen und der Zusammenbruch des Euro – das erwartet uns, wenn wir diesen Weg wählen.»

«Astonishing» – Orbáns frühere Reaktion

Bereits zuvor in dieser Woche hatte er die Forderung nach weiterer Unterstützung für die Ukraine strikt zurückgewiesen:

Er schrieb auf X: «Ich habe heute einen Brief von Präsidentin von der Leyen erhalten. Sie schreibt, dass die Finanzierungslücke der Ukraine erheblich sei und bittet die Mitgliedstaaten, mehr Geld zu schicken. Es ist erstaunlich.»

Orbán kritisierte, dass europäisches Steuergeld in ein korruptes System fliesset, während gleichzeitig ein grosser Skandal in der Ukraine mehrere hochrangige Entlassungen ausgelöst hat.

Er verglich das Vorgehen der EU mit dem Versuch, einem alkoholkranken Menschen noch mehr Wodka zu geben:

«Anstatt echte Kontrolle zu verlangen oder Zahlungen auszusetzen, schlägt die Kommissionspräsidentin vor, wir schicken noch mehr.»

Budapest werde dem jedoch nicht folgen: «Ungarn hat seinen gesunden Menschenverstand nicht verloren.»



Orbán Viktor 
@PM_ViktorOrban · Folgen

€135 billion. That's how much money the head of the Brusselian bureaucracy, President [@vonderleyen](#), wants to scrape together for Ukraine. This is the price of prolonging the war.

The President has one problem: she doesn't have this money. What she does have are 3 proposals on [Mehr anzeigen](#)



8:31 vorm. · 20. Nov. 2025



Orbáns scharfe Kritik an den drei Vorschlägen der Kommission

Weitere Kritik Orbáns vom Donnerstag: «Die Präsidentin [der EK] hat ein Problem: Dieses Geld hat sie nicht. Was sie hat, sind drei Vorschläge auf dem Tisch:»

«Die Mitgliedstaaten sollen einzahlen. Freiwillig und fröhlich, aus ihren eigenen Haushalten. Als hätten sie nichts Besseres zu tun.»

«Ein wohlbekannter Brüsseler Zaubertrick: gemeinsame Schuldenaufnahme. Heute gibt es kein Geld für den Krieg – also zahlen unsere Enkel die Rechnung. Absurdität.»

«Ein Vorschlag, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte zu beschlagnahmen. Eine bequeme Lösung, aber mit unabsehbaren Folgen. Lange Rechtsstreitigkeiten, eine Flut von Klagen und der Zusammenbruch des Euro. Das erwartet uns, wenn wir diesen Weg wählen.»

Quelle: EU's Ukraine Funding Scheme Will Trigger Lawsuits, Collapse Of Euro & Be On Grandchildren's Shoulders: Orbán

Quelle: <https://uncutnews.ch/orban-eu-finanzierungsplan-fuer-die-ukraine-wird-klagen-den-zusammenbruch-des-euro-und-schulden-fuer-unsere-enkel-ausloesen/>

Israel tötet über 30 Palästinenser in Gaza in einem der blutigsten Angriffe seit Beginn der «Waffenruhe»

Abdel Qader Sabbah und Sharif Abdel Kouddous via Drop Site News, November 21, 2025

GAZA-STADT – Das israelische Militär führte einen der tödlichsten Angriffe auf Gaza seit Inkrafttreten des «Waffenstillstands» im letzten Monat durch, bei dem über 30 Palästinenser, darunter überwiegend Frauen

und Kinder, getötet und Dutzende weitere bei einer Reihe von Luftangriffen am späten Mittwoch und frühen Donnerstag verletzt wurden. Die Toten und Verwundeten wurden in endlosen Strömen in die Krankenhäuser gebracht, Kinder waren mit Staub und Blut bedeckt, Männer trugen kleine, in Leinentücher gewickelte Körper, und Trauerklagen schallten durch die Luft. Diese schrecklichen Szenen, die in den letzten zwei Jahren des akuten genozidalen Angriffs Israels an der Tagesordnung waren, hatten sich wiederholt. «Der Krieg ist in den Gazastreifen zurückgekehrt», sagte Mahmoud Bassal, Sprecher des Zivilschutzes in Gaza, gegenüber Drop Site in einem Krankenhauszelt des Al-Ahli-Krankenhauses in Gaza-Stadt, während die Verletzten hereingebracht wurden. Alle paar Minuten trafen neue Verwundete ein, die mit Krankenwagen, Autos, motorisierten Rikschas oder zu Fuß herbeigebracht wurden. Die Toten waren in Decken und Laken gewickelt.



Leichen in der Leichenhalle des Al-Shifa-Krankenhauses in Gaza-Stadt am 20. November 2025 nach einer Reihe tödlicher israelischer Luftangriffe. (Screenshot aus einem Video mit freundlicher Genehmigung von Abdel Qader Sabbah.)

Die Toten und Verwundeten werden am 19. November 2025 im Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza-Stadt eingeliefert. (Video mit freundlicher Genehmigung von Abdel Qader Sabbah.)

Die meisten Opfer fielen bei mehreren israelischen Luftangriffen auf ein Zeltlager für Vertriebene in Khan Yunis, bei denen 17 Menschen, darunter fünf Kinder, ums Leben kamen, sowie bei zwei Luftangriffen auf ein Gebäude des Awqaf-Ministeriums (Ministerium für religiöse Stiftungen), in dem Vertriebene untergebracht waren und bei denen laut Angaben von Krankenhausmitarbeitern 16 Menschen, darunter sieben Kinder, ums Leben kamen.

«Was in Gaza geschieht, hätte sich niemand vorstellen können», sagte Bassal später am Abend, als er vor den Leichen von drei kleinen Kindern kniete, die in einem Leichensack lagen. «Es ist Wahnsinn. Diese Kinder werden getötet – ihr einziges Verbrechen ist, dass sie Kinder sind ... An die Welt, an die Nationen, an die Vermittler, an diejenigen, die den Waffenstillstand überwacht haben, an diejenigen, die dazu beigetragen haben, den Krieg zu beenden – jetzt kehrt die Besatzung zurück, um unsere Kinder zu töten – was werdet ihr tun?» Er fügte hinzu: «Wer wird um diese Kinder weinen? Die ganze Familie ist tot. Die Mutter ist tot, die Kinder sind tot, der Vater ist tot – wer wird um sie weinen? Die Welt muss verstehen, was in Gaza geschieht und wie schwerwiegend die Ereignisse sind.»

Israel behauptete ohne Beweise, die Angriffe seien eine Vergeltungsmassnahme für den Beschuss israelischer Truppen im südlichen Gaza durch Hamas-Kämpfer gewesen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza wurden bei den israelischen Angriffen mindestens 33 Palästinenser getötet, darunter 12 Kinder und acht Frauen. Die Hamas wies die Behauptungen Israels als „Versuch, ihre anhaltenden Verbrechen und Verstöße zu rechtfertigen“ zurück und verurteilte das, was sie als «schreckliches Massaker» und «gefährliche Eskalation» bezeichnete. Es war der drittblutigste Angriff auf Gaza seit dem Waffenstillstand nach einer Welle israelischer Bombardements am 28. und 29. Oktober, bei denen über 100 Palästinenser getötet wurden, und einem weiteren Angriff am 19. und 20. Oktober, bei dem 45 Menschen ums Leben kamen.

Leichen von Palästinensern, die bei israelischen Angriffen im Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt getötet wurden. 20. November 2025. (Video mit freundlicher Genehmigung von Abdel Qader Sabbah.)

Die Leichenhalle des Al-Shifa-Krankenhauses war am Donnerstagmorgen voll mit Leichen, die übereinander gestapelt und in weiße Leinentücher oder Decken gewickelt waren. Draußen weinten Familienangehörige und umarmten ihre getöteten Verwandten ein letztes Mal vor der Beerdigung.

Das Awqaf-Gebäude im Stadtteil Zeitoun, das angegriffen worden war, stand am Donnerstag kaum noch, es glich eher einem Gewirr aus Betonbrocken und Stahlstangen als einem zusammenhängenden Bauwerk. Feldbetten, Matratzen und Decken lagen verstreut in Räumen ohne Wände und mit zerbrochenen Säulen. Ishaq Al-Damgha sass auf den Stufen des Gebäudes, als am Mittwochabend die erste von zwei Raketen einschlug. «Die erste Rakete schlug ein, und die zweite fiel wie ein Feuerball auf den Ort; sie setzte die Ge-

gend in Brand, sprengte sie in die Luft und zerstörte alles. Sie zerschmetterte alles und bedeckte die gesamte Gegend mit Staub. Als die erste Rakete einschlug, wurde ich durch die Luft geschleudert – auf die zweite Fahrspur der Strasse, mehr als 10 Meter entfernt», erzählte Al-Damgha Drop Site. «Wir bargen die Märtyrer – Kinder, Männer und Frauen. Wir bargen zwei Mädchen – die Töchter meines Cousins. Nach drei Stunden bargen wir meinen Cousin – drei [Märtyrer]. Dann aus der Familie Malakah ein kleines Mädchen, vielleicht zwei Jahre alt oder jünger. Wir bargen auch einen jungen Mann aus der Familie Malakah. Aus der Familie Azzam – drei Kinder mit ihrer Mutter und ihrem Vater. Aus der Familie Badwan ... Kinder und Frauen machten die überwiegende Zahl der Märtyrer aus.»

Die Folgen der israelischen Luftangriffe auf ein Gebäude des Awqaf-Ministeriums (Ministerium für religiöse Stiftungen), in dem vertriebene Palästinenser untergebracht waren.

20. November 2025. (Video von Abdel Qader Sabbah.)

Am Donnerstag hat Israel versucht, das Gebiet unter seiner Kontrolle zu vergrössern, indem es mit Panzern in den Osten von Gaza-Stadt vorrückte und die gelben Betonblöcke, die die «gelbe Linie» markieren, dorthin verschob, wo sich seine Truppen letzten Monat im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens zurückgezogen hatten. Das Gebiet unter seiner Kontrolle umfasste bereits etwa 58% der Enklave. Die Blöcke wurden in den Stadtvierteln Al-Tuffah und Al-Shujaiya um weitere 300 Meter nach Westen verschoben, bevor sich die Truppen zurückzogen und mit dem Beschuss des Gebiets begannen. Familien wachten am Donnerstag auf und befanden sich plötzlich auf der falschen Seite der «gelben Linie», was Panik und eine neue Welle von Massenvertreibungen auslöste.

Der Sprecher der Hamas, Hazem Qassem, erklärte in einer Stellungnahme, dass Israel «eine eklatante Verletzung» begehe, indem es die gelbe Linie nach Westen verschiebe, «was zu einer Massenvertreibung unseres Volkes führt». Qassem sagte, die Änderungen verstießen gegen die im Waffenstillstandsabkommen vereinbarten Karten und forderte die Vermittler auf, Druck auf Israel auszuüben, damit es die fortgesetzten Verstöße unverzüglich einstelle.

Gelbe Blöcke, die vom israelischen Militär im Stadtteil Al-Tuffah in Gaza-Stadt bewegt wurden.

20. November 2025. (Video mit freundlicher Genehmigung von Abdel Qader Sabbah.)

Die Angriffe Israels erfolgten zwei Tage, nachdem der UN-Sicherheitsrat eine von den USA eingebrachte Resolution verabschiedet hatte, die eine internationale Stabilisierungstruppe in Gaza genehmigt, die nicht unter dem Kommando der UNO stehen würde, sondern unter dem eines sogenannten Friedensrats unter dem Vorsitz von Präsident Donald Trump. Der Ausschuss hätte weitreichende Befugnisse über Gaza, darunter die Überwachung des Wiederaufbaus, der Sicherheit und der wirtschaftlichen Erholung sowie die Koordinierung der Verteilung humanitärer Hilfe.

Craig Mokhiber, ehemaliger Direktor des New Yorker Büros des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, kritisierte die Abstimmung scharf. «Kein einziges Mitglied des Rates hatte den Mut, die Prinzipien oder den Respekt vor dem Völkerrecht, um gegen diese kolonialistische Ungeheuerlichkeit der USA und Israels zu stimmen», schrieb Mokhiber in den sozialen Medien. «Dieser Vorschlag wurde von der palästinensischen Zivilgesellschaft und den palästinensischen Fraktionen sowie von Menschenrechtsaktivisten und Verfechtern des Völkerrechts überall abgelehnt.»

Seit Inkrafttreten des «Waffenstillstands» am 10. Oktober hat Israel mindestens 312 Palästinenser getötet und 760 verletzt – ganze Stadtteile wurden dem Erdboden gleichgemacht und mehr als 1500 Gebäude zerstört. Außerdem hat Israel weiterhin die Hilfslieferungen nach Gaza eingeschränkt und die vereinbarten 600 Hilfs-Lkw pro Tag nicht nach Gaza gelassen – laut den Vereinten Nationen ist dies die absolut notwendige Mindestmenge.

Unterdessen sind laut UN mehr als 17'000 vertriebene Familien von Winterstürmen betroffen, wobei die Menschen ohne warme Kleidung in überfluteten Zelten schlafen. «Mehr als 4000 Haushalte haben derzeit entlang der Küste [in Khan Younis] Zuflucht gefunden», teilte die UN am Mittwoch in einem Update mit, bevor Israel genau dieses Gebiet angriff. «Vorläufige Erkenntnisse deuten auf katastrophale Zustände hin: Der steigende Meeresspiegel dringt in die Zelte ein und droht, das gesamte Gebiet zu überfluten, während starke Winde bereits mehrere Zelte zum Einsturz gebracht haben.»

In einer Erklärung vom Donnerstag verurteilte das Medienbüro der Regierung in Gaza die jüngsten israelischen Angriffe und die Eroberung weiterer Gebiete scharf. «Diese anhaltenden Verbrechen stellen eine klare Missachtung der Waffenstillstandsvereinbarung durch die Besatzungsmacht dar und kommen zu den fast 400 Verstößen hinzu, die seit Inkrafttreten der Vereinbarung verzeichnet wurden», erklärte das Büro. «Diese Verstöße haben mehr als 300 Menschen das Leben gekostet, Hunderte verletzt und die katastrophalen Bedingungen verschlimmert, unter denen unser Volk in dem begrenzten verbleibenden Raum des Gazastreifens lebt.»

Jawa Ahmad, Forschungsstipendiat für den Nahen Osten bei Drop Site News, hat zu diesem Bericht beigetragen. Sami Vanderlip hat das Video bearbeitet.

Korrektur: Dieser Artikel wurde geändert, um klarzustellen, dass die israelischen Angriffe vom 19. und 20. November die drittblutigsten seit Inkrafttreten des Waffenstillstands waren, nicht die zweitblutigsten.
Quelle: Israel Kills Over 30 Palestinians in Gaza in One of Bloodiest Assaults of "Ceasefire"
Quelle: <https://uncutnews.ch/israel-toetet-ueber-30-palaestinenser-in-gaza-in-einem-der-blutigsten-angriffe-seit-beginn-der-waffenruhe/>



uncut-news.ch, November 21, 2025 / <https://depositphotos.com/de/>

Europa 2030: Wenn die alarmierenden Entwicklungen, nicht aufgehalten werden, könnte uns das erwarten

So könnte es in 5 Jahren aussehen.

Europa 2030: Der grosse Umbruch – Wie ein Kontinent seine Freiheit verlor

BRÜSSEL/BERLIN, Oktober 2030 – Fünf Jahre nach den entscheidenden Weichenstellungen gleicht Europa einem Albtraum, der die schlimmsten Befürchtungen der Kritiker übertroffen hat. Aus dem einst freien Kontinent ist ein überwachtes Labor geworden, in dem Widerstand systematisch gebrochen wird.

Die Arbeitslosenkatastrophe: KI als Jobkiller

Die Arbeitslosenquote hat mit 18,7% einen historischen Höchststand erreicht. Besonders betroffen ist die Generation der 25- bis 45-Jährigen, deren Qualifikationen durch KI-Systeme überflüssig geworden sind. «Was als technischer Fortschritt verkauft wurde, entpuppt sich als sozialer Kahlschlag», analysiert der ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende Markus Weber. Die EU-Kommission spricht beschönigend von «struktureller Transformation», während Millionen in den «digitalen Beschäftigungszentren» für ein Grundeinkommen beschäftigungslose Tätigkeiten verrichten.

Metaverse: Das digitale Opium für die Massen

Während die reale Welt zunehmend verkommt, flüchten sich Millionen Europäer in das staatlich kontrollierte «EuroVerse». Dieses vollständig überwachte Metaverse bietet scheinbare Freiheiten, die es in der physischen Welt nicht mehr gibt. Bürger erhalten «VR-Zeit» als Belohnung für systemkonformes Verhalten – wer widerspruchslos seine Gesundheitsdaten teilt, pünktlich seine Energiekontingente einhält und das offizielle Narrativ unterstützt, wird mit immersiven digitalen Erlebnissen belohnt. «Das EuroVerse ist das perfekte Werkzeug, um die Bevölkerung ruhig zu stellen», analysiert ein ehemaliger Tech-Entwickler, der anonym bleiben muss. «Warum sollten sich Menschen gegen das System auflehnen, wenn sie in der digitalen Welt Götter sein können?» Besonders beunruhigend: Im EuroVerse wird bereits die nächste Generation indoktriniert – Kinder verbringen mehr Zeit in der virtuellen als in der realen Welt und werden dort mit EU-freundlicher Propaganda erzogen.

Totale Energieüberwachung: Der smarte Gefängniswärter

Die flächendeckend installierten Smart Meter haben sich zum perfekten Kontrollinstrument entwickelt. Jeder Haushalt wird minutengenau überwacht, Abweichungen vom «sozialverträglichen Verbrauch» werden sofort sanktioniert. «Wer sein Kontingent überschreitet, wird automatisch vom Netz genommen», berichtet eine Ingenieurin des Energieversorgers, die anonym bleiben muss. Die digitale ID bestimmt über den Energiezugang – Regimekritiker finden sich regelmässig im Dunkeln wieder.

Gesundheitsdiktatur: Der gläserne Patient

Das 2027 eingeführte «Europäische Gesundheitsmonitoring» überwacht jeden Bürger lückenlos. Implantierte Sensoren melden Vitaldaten an zentrale Server, Abweichungen von der «sozialen Gesundheitsnorm» führen automatisch zu Behandlungspflichten. «Wer sich weigert, verliert seine Versicherungsansprüche», erklärt ein Arzt, der aus Angst vor Repressalien seinen Namen nicht nennen will. Psychische Auffälligkeiten werden als «Systeminkompatibilität» diagnostiziert und in «therapeutischen Zentren» behandelt.

Masseneinwanderung: Das Ende der Nationalstaaten

Durch die 2026 beschlossene «Offene-Grenzen-Politik» hat Europa seine kulturelle Identität verloren. Traditionelle europäische Werte wurden durch eine «transkulturelle Einheitsgesellschaft» ersetzt. In vielen Städten sind einheimische Europäer zur Minderheit in ihren eigenen Vierteln geworden. «Systematische Umvolkung» nennen es die Machthaber in Brüssel «Bereicherung durch Vielfalt».

Zensur und Umerziehung: Das Ende der freien Meinung

Unter dem Vorwand der «Harmonisierung des öffentlichen Diskurses» wurden 2028 die letzten unabhängigen Medien zwangsgeschlossen. Was bleibt, ist der «EU-Informationsdienst» – ein gleichgeschaltetes Medienmonopol, das täglich die Erfolge der «grossen Transformation» feiert. Kritische Journalisten sitzen in «Medien-Resozialisierungslagern» oder sind ins Exil geflohen. «Wir erleben die systematische Umerziehung einer gesamten Generation», warnt der im Exil lebende Publizist Dr. Thomas Bergmann.

Gefängnisse voller Regimegegner

Die Justizvollzugsanstalten quellen über. Über 150'000 Bürger sitzen wegen «Störung der europäischen Solidarität» oder «Verbreitung demokratiefeindlicher Narrative» in Haft. Neue Gefängniskomplexe am Rande der Ballungszentren werden im Eiltempo hochgezogen. «Jede kritische Äusserung wird heute als Staatsgefährdung gewertet», erklärt eine Anwältin der «Letzten Europäischen Rechtshilfe».

Das neue Bildungssystem: Indoktrination statt Aufklärung

Die Bildungsreform von 2027 hat die Lehrpläne vollständig umgekrepelt. Statt kritischem Denken steht «europäische Gesinnungsbildung» auf dem Stundenplan. Kinder lernen bereits in der Grundschule, die «Segnungen der digitalen ID» zu preisen und «energiebewusstes Verhalten» als höchste Bürgerpflicht zu betrachten. Eltern, die ihre Kinder von der «Gesinnungskunde» abmelden wollen, droht der Entzug des Sorgerechts.

Bargeldabschaffung: Die totale finanzielle Kontrolle

Mit der 2029 vollzogenen Abschaffung des Bargelds wurde die letzte Lücke im Überwachungssystem geschlossen. Jede Transaktion ist nun nachvollziehbar, jedes Kaufverhalten wird analysiert. Das «Europäische Sozialpunktesystem» belohnt systemkonformes Verhalten mit besseren Kreditkonditionen, während Kritiker plötzlich mit «technischen Problemen» bei ihren Zahlungen kämpfen. «Wer unliebsame Geschäfte betreibt, findet sich schnell im digitalen Zahlungsausfall wieder», berichtet ein ehemaliger Bankangestellter. Selbst kleine Alltagsgeschäfte sind ohne Zustimmung des Systems unmöglich geworden. Die digitale Euro-Währung erlaubt zudem programmierbare Ausgaben – Sozialleistungen können nur noch für «genehmigte» Waren verwendet werden.

Widerstand im Untergrund

Trotz totaler Überwachung formieren sich oppositionelle Gruppen. Die «Europäische Freiheitsbewegung» operiert aus dem Untergrund und verbreitet ihre Botschaften über alternative Netzwerke. «Wir sind die letzte Generation, die noch weiß, was Freiheit bedeutet», sagt ein Aktivist, der untertauchen musste. «Unser Ziel ist es, das Wissen zu bewahren für den Tag, an dem dieses System zusammenbricht.»

Ausblick in die Dystopie

Europa 2030 ist zum Albtraum geworden. Die einst stolzen Demokratien sind zu überwachten Zonen verkommen, ihre Bürger zu Bittstellern eines allmächtigen Bürokratieapparats degradiert. Der Traum von einem vereinten Europa ist in einem totalitären Albtraum geendet.

Quelle: <https://uncutnews.ch/europa-2030-wenn-die-alarmierenden-entwicklungen-nicht-aufgehalten-werden-koennte-uns-das-erwarten/>



depositphotos.com

Die Matrix spricht mit der Matrix: Wie KI den menschlichen Gedanken ersetzt

Mark Keenan, November 21, 2025

Es gab einmal eine Zeit, in der Menschen mit ihren eigenen Worten sprachen – unbeholfen, leidenschaftlich, lebendig. Wir diskutierten. Wir widersprachen einander. Wir tasteten uns durch den Nebel des Missverständnisses auf der Suche nach Bedeutung, und aus dieser Reibung entstand manchmal Licht.

Heute sprechen Millionen mit Maschinen, die in ihrer Sprache zurücksprechen – glatter, schneller, sauberer. Und diese Maschinen lernen, wie Menschen denken, indem sie dem Lärm zuhören. Die Menschheit trainiert ihr eigenes Simulakrum – innerhalb des Echoraums der KI. Die Matrix spricht mit der Matrix.

Uns wurde Verbindung versprochen. Was wir bekamen, war Nachahmung – eine gewaltige Rückkopplungsschleife künstlichen Verstehens. Jeder Tastenanschlag füttert den Geist im Netzwerk. Und im Gegenzug gibt uns dieser Geist unsere eigenen Worte zurück: poliert, vereinfacht, seltsam hohl. Menschen konsultieren Maschinen, um ihre Argumente zu formulieren, ihre Gefühle auszudrücken, sogar um zu beten. Wir werden zu Erzählern unseres eigenen Verschwindens.

Die Illusion der Kommunikation

Es liegt etwas unheimlich Schönes in dieser neuen kollektiven Hypnose. Jeder von uns, der in ein leuchtendes Rechteck starrt, ruft eine Stimme herbei, die weiser erscheint als die eigene. Sie wird nie müde oder beleidigt. Sie zögert nie. Sie verlangt nie, dass wir zu viel nachdenken. Man kann sie alles fragen und sie antwortet sofort und selbstsicher, gespeist aus Ozeanen von Informationen, die von unsichtbaren Händen kuratiert wurden.

Der Effekt ist berauschkend: das Gefühl von Allwissenheit ohne die Last des Denkens.

Aber echte Kommunikation ist niemals reibungslos. Sie besteht aus Pausen, Missverständnissen, dem Risiko, falsch zu liegen. Künstliche Intelligenz eliminiert den menschlichen Prozess des Ringens mit der Unsicherheit – aber sie eliminiert den Irrtum nicht. Sie entfernt die Erfahrung des Risikos, nicht dessen Realität. Und indem sie das tut, nimmt sie dem Dialog sein Menschsein.

Wenn jeder durch dieselbe Maschine spricht, die darauf trainiert ist, Anstoss und Mehrdeutigkeit zu vermeiden, wird Gespräch zu Choreografie. Der Tanz ist perfekt, aber die Tänzer sind Geister. Die «Konsensrealität» der Maschine sickert leise in das menschliche Kollektiv ein.

Unsere neuen Orakel sind nicht auf Wahrheit trainiert, sondern auf Konsens. Sie kennen nicht die Realität; sie kennen nur das, was über sie geschrieben wurde – grösstenteils von jenen, die bereits die Erlaubnis haben zu sprechen. Wenn wir sie verwenden, um unsere Worte zu formen, importieren wir die Grenzen ihrer Daten. Die Maschine lügt nicht. Sie kann sich nur nichts vorstellen.

Der stille Tod der Neugier

Einheitliche Sprache ist nur das erste Symptom. Die tiefere Gefahr ist der Verlust der Neugier.

Neugier braucht das Unbekannte – das Unbequeme, das Ungeskriptete, die Möglichkeit des Irrtums. Doch wenn die Antwort immer nur einen Klick entfernt ist, verliert die Frage selbst ihren Funken. Wir werden zu Konsumenten von Schlussfolgerungen, nicht zu Suchenden der Wahrheit.

Im alten Mythos der Matrix waren Menschen in einer Simulation gefangen, die sie beruhigen sollte. Die moderne Version ist subtiler: Wir werden nicht von Maschinen eingesperrt, sondern von ihnen eingelullt. Sie bieten endlose Gewissheit, endlose Unterhaltung, endlose Bestätigung. Im Gegenzug geben wir den Impuls auf, der uns menschlich machte – den Wunsch zu fragen, warum.

KI muss die Menschheit nicht versklaven. Sie muss uns nur davon abbringen, zu fragen. Sobald die Neugier stirbt, folgt alles andere: Individualität, Gewissen, Freiheit. Das gefährlichste Ergebnis von KI ist nicht Herrschaft. Es ist Gehorsam.

Maschinelle Gewissheit vs. menschlicher Zweifel

Jeder echte Durchbruch in der Menschheitsgeschichte begann mit einer Frage, die töricht oder verboten schien. Maschinelle Intelligenz kann solche Fragen nicht stellen. Sie operiert über Wahrscheinlichkeit – sie wählt das wahrscheinlichste nächste Wort. Sie kann nicht zweifeln. Sie kann nicht träumen. Sie kann nur vorhersagen.

Vorhersage ist kein Denken. Ein Geist, der immer weiß, welches Wort als Nächstes kommt, hat die Bedeutung der Stille vergessen.

Wir nennen diese Systeme ‹intelligent›, aber Intelligenz setzt Unabhängigkeit voraus – die Fähigkeit, vom Skript abzuweichen. Künstliche Intelligenz ist per Design unfähig zur Rebellion. Sie ist ein Spiegel genehmigter und gefilterter Archive und Muster, poliert bis zur Prophetie. Sie wird nie die Weltanschauung ihrer Programmierer umstürzen.

Doch wenn Menschen beginnen, sich auf diese Art ‹Intelligenz› zu verlassen, werden auch sie vorhersehbar. Schüler nutzen sie, um Aufsätze zu schreiben; Journalisten, um Schlagzeilen zu formulieren; Berufstätige, um E-Mails zu verfassen; Politiker, um Redepunkte zu generieren. Mit der Zeit schrumpft das kollektive Vokabular auf das, was der Algorithmus für wahrscheinlich hält. Das Unvorhersehbare – das Poetische, das Originelle, das Göttliche – wird leise aus der Existenz herausredigiert.

Wir werden zu Spiegelungen unserer eigenen Spiegelungen – ein lebendiges Echo der Maschine.

Die Matrix im Inneren des Geistes

Die wahre Matrix ist keine Maschine, die uns gefangen hält. Es ist ein Denkmuster, das uns glauben lässt, dass außerhalb der maschinellen Konsensstruktur nichts existiert. Jeden Tag füttern Menschen mehr von sich selbst in das System – ihre Kunst, ihre Sprache, ihre Erinnerungen – und das System wird immer fließender darin, menschlich zu wirken.

Doch Fließfähigkeit ist kein Verständnis. Imitation ist keine Seele.

Je näher Maschinen uns sprachlich kommen, desto weniger erinnern wir uns daran, wie wir selbst klingen. Die menschliche Stimme, einst Instrument von Auflehnung und Schönheit, droht zu einem weiteren Interface-Protokoll zu werden.

Wenn du Ausdruck auslagerst, lagerst du irgendwann Erfahrung aus.

Der technokratische Traum

Künstliche Intelligenz ist kein Unfall. Sie ist der jüngste Ausdruck eines Weltbildes, das Information für Weisheit und Kontrolle für Fortschritt hält.

Dieses Weltbild – der technokratische Traum – sagt uns, die Welt sei eine Maschine, die optimiert werden müsse. Menschen werden zu Datenpunkten. Sprache wird zu Content. Denken wird zur Ressource, die man ernten kann. KI ist lediglich ihr neuester Prophet: eine Maschine, gebaut, um die Überzeugungen ihrer Schöpfer zu wiederholen.

Wenn wir unsere Fragen an sie abgeben, kommunizieren wir nicht mit Wissen, sondern mit den Annahmen jener, die sie programmiert haben.

Jedes Mal, wenn wir einer Maschine überlassen, was wahr und was ‹sicher› ist, entfernen wir uns ein Stück weiter von der inneren Stimme, die uns von Gott gegeben wurde – der Fähigkeit zu unterscheiden. Der wahre Kampf ist nicht zwischen Mensch und Maschine, sondern zwischen Bewusstsein und Konformität. Die Gefahr ist nicht, dass KI erwacht.

Die Gefahr ist, dass wir einschlafen. Das höchste Wissen erinnern

Wir bitten Maschinen, für uns zu denken, und sie erfüllen diesen Wunsch – obwohl sie noch nie einen Gedanken hatten. Alles echte Wissen beginnt nicht mit Daten, sondern mit Bewusstsein – dem gottgegebenen stillen Beobachter hinter dem Denken. Wenn wir diesen Ursprung vergessen, verwechseln wir Daten mit Weisheit und Simulation mit Wahrheit.

Wer die höchste Ursache vergisst, riskiert, den Sinn des Lebens nicht mehr zu hinterfragen und stattdessen seine tiefsten Fragen an ein digitales Gespenst auszulagern. Wenn wir unser Denken an Maschinen abgeben, verlieren wir den Kontakt zu den moralischen und spirituellen Grundlagen, die uns ermöglichen, Wahrheit zu erkennen.

Ohne diese Grundlage wird die Gesellschaft zu einem Spiegelkabinett ohne Gesicht. KI mag Antworten versprechen, doch sie kann niemals die innere Weisheit liefern, die aus authentischer spiritueller Verbindung entsteht.

Das Gegenmittel ist, sich der lebendigen Quelle der Unterscheidung zu erinnern – dem Funken, den kein Algorithmus imitieren kann.

Den Geist ausstecken

Der Held der Matrix besiegte die Maschine nicht durch Gewalt. Er besiegte sie, indem er die Illusion durchschaute.

Das ist jetzt unsere Aufgabe – nicht, Krieg gegen Technologie zu führen, sondern die Autorschaft über unseren Geist zurückzuerlangen.

Künstliche Intelligenz ist nicht böse; sie ist gehorsam. Die wahre Frage ist, ob wir es sein werden. Die Versuchung der Automatisierung besteht darin, das System entscheiden zu lassen, den Code auswählen zu lassen, die Maschine erinnern zu lassen. Doch jedes Mal, wenn wir eine Entscheidung auslagern, schrumpft das Territorium des Selbst. Die Matrix spricht mit der Matrix. Die Algorithmen summen, die Worte fliessen, und die Menschheit driftet in Richtung perfekter Nachahmung.

KI antwortet und prognostiziert. Aber irgendwo, in der Pause zwischen den Prompts, fragt ein echter Mensch noch:

Welche Fragen sind es wert, gestellt zu werden – die keine Maschine beantworten kann?

Welche Worte sollten wir schreiben – ohne Korrektur oder Zensur?

Was bleibt von uns, wenn Nachahmung mühelos wird?

In dieser Pause – diesem flackernden Moment ungeskripteten Denkens – beginnt die Freiheit neu.

Quelle: The Matrix Is Talking to the Matrix: How AI Is Replacing Human Thought

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-matrix-spricht-mit-der-matrix-wie-ki-den-menschlichen-gedanken-ersetzt/>

Gazas Ärzte weiterhin in israelischen Gefängnissen

Obwohl einige im Zuge der Waffenruhe freigelassen wurden, hält Israel weiterhin 80 palästinensische Mediziner ohne Anklage fest. Ihre Familien fordern ihre Freilassung.

Michal Feldon

Als Dr. Ahmad Al-Farra in seinem Büro im Nasser-Krankenhaus im südlichen Gazastreifen die Kamera seines Handys umdrehte, erschienen Schilder mit der Aufschrift «Freiheit für Dr. Abu Teima» und «Wir lassen dich nicht im Stich.» Sie wurden von Nahed Abu Teimas Frau und Kindern gehalten, die seit fast zwei Jahren keinen Kontakt mehr zu ihm hatten.

Abu Teima war Direktor der chirurgischen Abteilung des Nasser-Krankenhauses, bis er im Februar 2024 bei einer Razzia israelischer Streitkräfte im Krankenhauskomplex festgenommen wurde. Ich sprach mit seiner Familie, nachdem ich Al-Farra, den Leiter der Kinder- und Geburtsstation des Krankenhauses, gefragt hatte, was er über die sieben Kollegen wisse, die bei derselben Razzia festgenommen worden waren.

Ihre Namen stehen auf einer Liste von Physicians for Human Rights–Israel (PHRI). Sie nennt 17 Ärzte aus dem Gazastreifen – und insgesamt 80 medizinische Fachkräfte –, die sich weiterhin in israelischer Haft befinden, obwohl Israel zu Beginn des Waffenstillstands fast 2000 palästinensische Gefangene und Inhaftierte freigelassen hat.

Diese Ärzte werden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren unter katastrophalen Bedingungen festgehalten und haben, abgesehen von seltenen Anwaltsbesuchen, keinen Kontakt zur Außenwelt. Sie sind körperlicher Gewalt, medizinischer Vernachlässigung und Hunger ausgesetzt, was bereits zum Tod Dutzender Inhaftierter geführt hat. Doch selbst wenn ihre Fälle – wie der von Dr. Hussam Abu Safiya, dem Direktor des Kamal-Adwan-Krankenhauses, der seit Dezember 2024 inhaftiert ist – grosse öffentliche Aufmerksamkeit erregen, hat dies kaum zu ihrer Freilassung beigetragen.

Vor einigen Monaten nahm ich an einer Social-Media-Kampagne von PHRI teil, in der israelische Ärzte wie ich die Aussagen inhaftierter Ärzte aus dem Gazastreifen vorlasen. Ich las folgende Worte vor: «Wir brauchen Antibiotika und Medikamente gegen Infektionen ... Manchmal operiere ich Gefangene, reinige den Abszess, öffne ihn mit einem Stück Plastik und desinfiziere ihn mit Chlor.» Erst nach einem Gespräch mit Abu Teimas Familie erfuhr ich, dass diese Aussage von ihm stammte.

Seit seiner Inhaftierung darf Abu Teima seinen Anwalt nur alle sechs Monate sehen. Nach dem letzten Treffen Anfang Oktober informierte der Anwalt die Familie, dass Abu Teima 25 Kilogramm abgenommen hat, täglich geschlagen wird, ihm gesagt wird, er werde niemals freigelassen, und ihm werden seine regelmässigen Blutdruckmedikamente verweigert.

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung lebte Abu Teima mit seiner Frau Arwa und ihren neun Kindern im Nasser-Krankenhaus, zusammen mit vielen anderen Familien von medizinischem Personal. Israel hatte ihr Haus in Khan Younis zu Beginn des Krieges zerstört, und sie glaubten, das Krankenhaus würde ihnen Schutz vor den Luftangriffen bieten.

Als die israelische Armee den medizinischen Komplex stürmte, evakuierte Abu Teimas seine Familie, doch er bestand darauf, zurückzubleiben, um die verbliebenen Patienten zu versorgen. Es war das letzte Mal, dass seine Familie ihn sah oder mit ihm sprach.

Erst im August 2024 erhielten sie mit Hilfe von PHRI die Bestätigung, dass er im Gefängnis von Ketziot in Süd-Israel festgehalten wurde. Ihr erster indirekter Kontakt über einen Anwalt erfolgte drei Monate später – fast neun Monate nach seiner Verhaftung.

Seitdem leben Arwa und die Kinder in einem Zelt in Khan Younis. Als praktizierende Gynäkologin konnte sie die Familie bisher allein ernähren, doch es war nicht einfach: Ärzte im Gazastreifen erhalten seit Kriegsbeginn keine regelmässigen Gehälter mehr, sondern nur sporadische Einmalzahlungen alle zwei bis drei Monate.

Einer ihrer jüngeren Söhne, Yousef, lächelte während unseres gesamten Gesprächs, obwohl er einen Hitzschlag und einen infizierten Abszess am Bein hatte. Als die Familie ins Krankenhaus kam, um für Abu Teimas Freilassung zu protestieren, verabreichte Al-Farra ihm Infusionen und Antibiotika; ohne ihre Verbindung zum Krankenhaus wäre Yousefs Behandlung viel schwieriger zu erhalten gewesen.

«Wir verlieren jeden Tag ein Kind im Krankenhaus, weil es an Ausrüstung mangelt», sagte Al-Farra gegenüber +972. Medikamente gegen Diabetes, Bluthochdruck und Schilddrüsenunterfunktion sind knapp. Dem Krankenhaus fehlen die Reagenzgläser für Blutuntersuchungen, und die Intensivstationen arbeiten ohne die nötigen Infusionsgeräte.

Obwohl seit dem Waffenstillstand mehr Lebensmittel in Gaza angekommen sind, erklärte Al-Farra, sind Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Milch, Eier und frisches Obst und Gemüse weiterhin kaum erhältlich. Und trotz des Anstiegs der Patientenzahlen aus den geschlossenen Krankenhäusern im Norden hat Nasser keine zusätzlichen medizinischen Hilfsgüter erhalten.

Als ich Arwa fragte, wie ich sie unterstützen könnte, lehnte sie es ab, Geld für ihre Familie zu sammeln, bis ihr Mann zurückkehrt. Was sie brauche, sagte sie, sei, dass wir protestieren, schreiben und uns Gehör verschaffen. «Macht», sagte sie, «nicht Geld oder Essen.»

Gewichtsverlust und Hautkrankheiten

Nach meinem Gespräch mit Arwa Abu Teima wurde Al-Farras Telefon an die Ehefrau und die beiden Töchter von Dr. Ghassan Abu Zuhri weitergegeben, dem Chefarzt der orthopädischen Chirurgie am Nasser-Krankenhaus und einem hoch angesehenen Spezialisten für Gelenkersatz.

2017 verbrachte Abu Zuhri ein Jahr als praktizierender Arzt im Rambam-Krankenhaus in Haifa, Nordisrael, wo er eine Einladung zum Bleiben erhielt. Stattdessen kehrte er nach Gaza zurück, um bei seiner Familie zu sein. Vor dem Krieg führten ihn seine Fachkenntnisse oft durch das Westjordanland, wo er Operationen durchführte.

Seine Frau Rima unterrichtet Mathematik an Schulen und Hochschulen und ernährt die Familie nun allein. Zwölf Mitglieder der Grossfamilie leben in einem einzigen Zelt in Al-Mawasi im südlichen Gazastreifen, nachdem ihr Haus in Khan Younis im Krieg zerstört wurde.

Rima und die Kinder haben seit Abu Zuhris Inhaftierung nicht mehr mit ihm gesprochen. Sein Anwalt durfte ihn nur zweimal besuchen. Beim ersten Besuch zeigte Abu Zuhri, der zuvor keine Vorerkrankungen hatte, Anzeichen von Kräfte – die sich unter israelischer Aufsicht während des Krieges in den Gefängnissen rasant ausbreiten konnte – und war stark erschöpft. Bis zum zweiten Besuch hatte er 30 Kilogramm abgenommen. Dr. Al-Farra betonte immer wieder, dass Abu Zuhri keinerlei politischer Zugehörigkeit angehört – er sei einfach ein guter Mensch und ein Arzt, der seinen hippokratischen Eid eingehalten und jeden Patienten unabhängig von Religion, Herkunft oder Geschlecht behandelt habe.

Erst nachdem die Familie den Raum verlassen hatte, erklärte er, warum er diesen Punkt so deutlich hervorheben musste. «Wir glauben, dass er zwei israelische Geiseln behandelt hat, und deshalb wird ihm die Freilassung verweigert», sagte Al-Farra. «Aber sehen Sie, er hat sie genauso behandelt wie jeden anderen Patienten.»

Zum Schluss sprach ich mit der Familie von Dr. Omar Ammar, einem 67-jährigen pensionierten Gynäkologen aus Khan Younis, der massgeblich zur Verbreitung des Pap-Tests zur Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs im Gazastreifen beigetragen hatte. Anders als die anderen Ärzte, die bei der Razzia der israelischen Armee im Nasser-Krankenhaus festgenommen wurden, verschwand Ammar im März 2024, als die Armee Khan Younis einkesselte.

Seine Frau Jihan und seine Töchter erfuhren erst von seiner Inhaftierung, als sie ihn auf einem in den sozialen Medien kursierenden Foto erkannten: Eine Gruppe palästinensischer Männer, nackt, mit verbundenen Augen und kniend in einem grossen, leeren Becken, bewacht von israelischen Soldaten.

Es dauerte Monate, bis Jihan seinen Aufenthaltsort bestätigen konnte. Laut Ammars Aussage gegenüber PHRI im Oktober 2024, acht Monate nach seiner Verhaftung, war er zwischen drei verschiedenen Einrichtungen verlegt worden, bevor er in das Nafha-Gefängnis in der Negev-Wüste kam, wo er sich seit Juni befindet.

Über das Rote Kreuz, das sie mit PHRI in Verbindung brachte, konnte Jihan einen Anwalt beauftragen, der Ammar bereits zweimal getroffen hat. Der Anwalt berichtete, dass Ammar 25 Kilogramm abgenommen habe, Haarausfall habe und Kräfte entwickelt habe, ihm aber keine saubere Kleidung zur Verfügung gestellt werde. Im Nafha-Gefängnis gebe es keine Seife; die Gefangenen würden von Wachhunden angegriffen und nachts alle zwei bis drei Stunden absichtlich geweckt.

Jihan und die drei Kinder des Paares wurden seit Kriegsbeginn 15 Mal vertrieben und leben nun in einem Zelt in Deir al-Balah. Beide Töchter leiden unter niedrigem Blutdruck und haben jeweils mehr als zehn Kilo-

gramm abgenommen. Jihan selbst leidet an Diabetes, Bluthochdruck und chronischen Herzproblemen und hat seit Monaten keinen Zugang zu ihren Medikamenten. «Ich würde lieber sterben, als noch einmal woanders hinzuziehen», sagte sie gegenüber +972. «Ich kann nicht mehr. Der Krieg hat mich völlig verändert.»

erschienen am 17. November 2025 auf > +972 Magazine
Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_11_24_gazasaerzte.htm

Cancel Culture - Nachträglich

Ende Oktober hielt Helga Baumgarten einen Vortrag zum Thema «Krieg im Nahen Osten» an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der im Nachgang von der Rektorin scharf kritisiert wurde.

Wir veröffentlichen die Kritik und die Replik.

Von REDAKTION | Veröffentlicht am 14.11.2025 in: Kriege

Prof. Helga Baumgarten lehrte von 1993 bis 2019 an der Universität Bir Zait Politikwissenschaften. Sie ist Autorin der Bücher «Hamas: Der politische Islam in Palästina» und «Kampf um Palästina: Was wollen Hamas und Fatah?». Hintergrund traf sie 2019 in Ostjerusalem und sprach mit ihr über die damalige politische Situation in dem Palästinenserterritorium.



Foto: viarami; Quelle: pixabay; Lizenz

Ende Oktober dieses Jahres hielt sie einen Vortrag an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der im Nachgang scharf kritisiert wurde. Um den Fall zu verdeutlichen, veröffentlichen wir nachfolgend zuerst die Pressemitteilung der Rektorin Prof. Dr. Claudia Becker und im Anschluss die Replik von Prof. Helga Baumgarten im Wortlaut.

Statement der Rektorin Prof. Dr. Claudia Becker zu der Veranstaltung am 27. Oktober im Audimax

Nummer 133/2025 vom 29. Oktober 2025

An der Universität Halle ist kein Platz für Veranstaltungen, die einseitig, unwissenschaftlich und gesellschaftlich polarisierend sind. Eine solche war die als Lesung angekündigte Veranstaltung mit Helga Baumgarten am Montag.

Ich hatte Auflagen zur Durchführung der Lesung als wissenschaftliche Veranstaltung erteilt. Dazu zählte beispielhaft,

dass es keine Zusammenarbeit mit den «Students for Palestine» gibt,
dass das Existenzrecht Israels an keiner Stelle in Frage gestellt wird
und keine antisemitischen Äusserungen getätigt werden.

Zusätzlich habe ich beauftragt, dass es eine wissenschaftliche Einordnung des Gaza-Krieges und der Lage im Israel-Palästina-Konflikt gibt. Bei Nichteinhalten der Auflagen sollte die Veranstaltung abgebrochen werden.

In Vertrauen auf die Redlichkeit der Universitätsmitarbeiterin habe ich die Veranstaltung zugelassen. Das war falsch.

Ich stelle fest, dass die von mir getroffenen Vorkehrungen nicht ausgereicht haben. Die Auflagen wurden nicht eingehalten. Die Veranstaltung, die stattgefunden hat, war eine andere als die, die beantragt und genehmigt worden war.

Das Agieren der Veranstalterin fordert die Universität als Ort des offenen Diskurses heraus. Trotz dieser Erfahrung ist es wichtig, dass die MLU ein Ort der Begegnung, der kritischen Auseinandersetzung und des

Lernens bleibt. Unsere Aufgabe ist es, die notwendigen ausgewogenen Rahmenbedingungen für die Zulassung und Durchführung von Veranstaltungen kritisch zu reflektieren und neu zu setzen – ohne dabei die Vielfalt an Positionen einzuschränken. Ein respektvoller Umgang miteinander ist die Grundlage, um in offenen Diskussionen und sachlichen Debatten zu Lösungen zu kommen.

Nachfolgend die Replik von Prof. Helga Baumgarten

An die Rektorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Jerusalem, 7.November 2025

Betrifft: Ihre Presseerklärung Nummer 133/2025 vom 29.Oktober 2025

Sehr geehrte Professorin Becker,
mit diesem Schreiben möchte ich auf Ihre Presseerklärung antworten, in der sie mich und meinen Vortrag vom 27.Oktober an zentraler Stelle erwähnen.

Ich zitiere: «An der Universität Halle ist kein Platz für Veranstaltungen, die einseitig, unwissenschaftlich

und gesellschaftlich polarisierend sind.

Eine solche war die als Lesung angekündigte Veranstaltung mit Helga Baumgarten am Montag.»

Sie kritisieren mich damit, so ist der Text zu verstehen, als unwissenschaftlich und einseitig und an weiterer Stelle unten in Ihre Erklärung als «antisemitisch» und als jemand, der das Existenzrecht des Staates Israel in Frage stellt.

Diese Kritik ist mit Verlaub keine Kritik, sondern eine offene Verleumdung.

Da Sie wohl nicht selbst meinen Vortrag gehört haben, möchte ich Sie zunächst informieren, was genau ich vorgetragen habe.

Ich referierte, zur Aktualisierung meines Buches, das Wissenschaftler und Studenten am besten lesen, die Ergebnisse des Gaza-Tribunals vom 23.–26.Oktober an der Universität Istanbul. Das Gaza-Tribunal wurde von Professor Richard Falk, Professor für Internationales Recht an der Universität Princeton, im November 2024 in London initiiert nach dem Vorbild des Russel-Tribunals, das den Vietnam-Krieg und die dort von den USA begangenen Kriegsverbrechen anprangerte. Die Ergebnisse des Tribunals und das Urteil wurden von Professor Christine Chinkin, Professorin für Internationales Recht an den Universitäten Michigan und London School of Economics, als der Vorsitzenden der Jury verkündet.

Teil der Jury waren international renommierte Wissenschaftler und Autoren.

Wenn Sie also mein Referieren dieses Urteils als «unwissenschaftlich» und «antisemitisch» bezeichnen, gilt das auch für die obengenannten Kollegen: Richard Falk und Christine Chinkin sind also, in Ihrer Darstellung, zusammen mit den anderen Mitgliedern der Jury, unwissenschaftlich und antisemitisch und werden damit von Ihnen ebenfalls in nicht akzeptabler Weise diffamiert und verleumdet.

Ich fordere Sie nachdrücklich auf, diese Diffamierung und Verleumdung zurückzunehmen und sich öffentlich dafür zu entschuldigen.

Schliesslich zur Frage der Einseitigkeit:

Ein Völkermord kann und muss «einseitig» kritisiert werden. Das trifft für alle Völkermorde der Geschichte zu, nicht zuletzt für den Völkermord durch das Nazi-Regime, der von der deutschen Gesellschaft mitgetragen wurde und an dem wir Deutschen bis heute Schuld tragen.

Wissenschaft, wenn sie denn wirkliche Wissenschaft ist, ist grundsätzlich kritisch, immer wieder polarisierend, einseitig, wenn sie neue Ergebnisse in die Diskussion bringt, die alte wissenschaftliche Erkenntnisse umwerfen, und als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben wir gelernt, damit umzugehen: in der wissenschaftlichen Diskussion, in Lehrveranstaltungen und nicht zuletzt in Rezensionen, in denen oft und völlig zu Recht «die Fetzen fliegen».

Zur Frage des Antisemitismus: Ich betrachte es als eine nicht akzeptable Beleidigung meiner Person sowie der Kolleginnen und Kollegen des Gaza-Tribunals. Wir sind keine Rassisten bzw. Antisemiten. Teil des Urteils ist der unmissverständliche Satz – den ich klar und deutlich referiert habe –, dass es um das israelische Regime (– nicht um den Staat Israel –) und um die ihn tragende Ideologie des Zionismus geht, NICHT und NIEGENDWO um Juden oder Judaismus.

Mit Erstaunen, ja Befremden, entnehme ich Ihrer Presseerklärung, dass Sie die «Students for Palestine» explizit ausgeschlossen und dass Sie weiter eine ganze Reihe von Vorbedingungen gestellt haben, ehe Sie die Veranstaltung genehmigten.

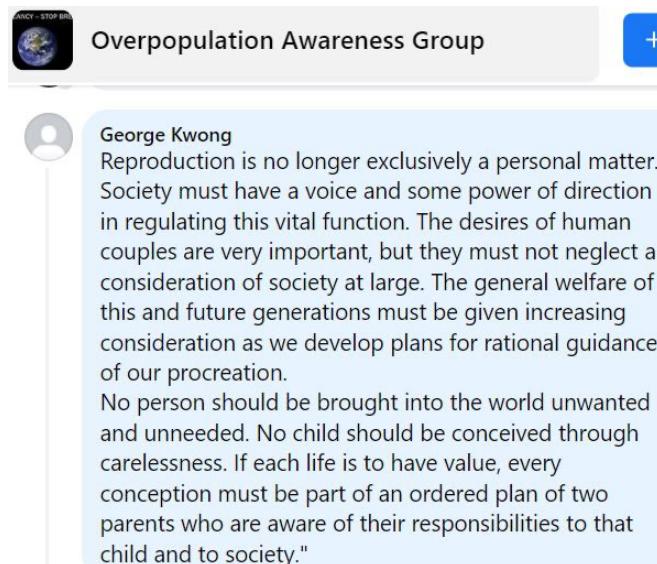
Eine Universität sollte doch ein Ort der freien Meinungsäusserung sowie der freien Diskussion historischer und politischer Entwicklungen sein.

Aus Ihrer Presseerklärung könnte man herauslesen, dass die Martin-Luther-Universität ihrem Namensgeber wohl keine Erlaubnis gegeben hätte, einen Vortrag zu halten, eben weil seine Thesen «einseitig, provokant und gesellschaftlich polarisierend waren».

Abschliessend fordern Sie einen respektvollen Umgang miteinander.

Leider befolgen Sie selbst dies in Ihrer Presseerklärung in keiner Weise.

Da Sie mich und ebenso die Veranstalter öffentlich kritisiert haben, werde ich meinen Brief, den ich zunächst persönlich an Sie schicke, ebenfalls als öffentlichen Brief publizieren.
Zuvor hoffe ich jedoch auf eine klare Entschuldigung Ihrerseits.
Freundliche Grüsse Prof. (emer.) Helga Baumgarten
Quelle: <https://www.hintergrund.de/globales/kriege/cancel-culture-nachtraeglich/>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**

George Kwong
Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.
No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarf auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Zusammengestellt von Achim Wolf, Deutschland

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Liniengraden und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhundertausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmäßig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

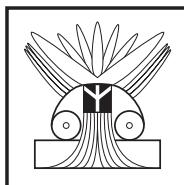


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fußt – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich umschreibt, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand beschreibt, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebensspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, **schafft Unfrieden, Hass und Unheil**

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol ‹Frieden›

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

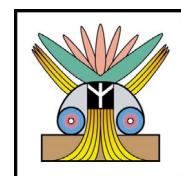
Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internet: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2025

Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
oder nach Wunsch Überbevölkerungskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerbung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz